

AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Tyrannie: Gefährdete Freiheit und Wege des Widerstands

ab Seite 4

Sicherheit im Blick

Mit der Verabschiedung der nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) schließt die Bundesregierung eine bisherige Lücke.

Seite 12

Wahlsystemreform

Wahlen spielen als Instrumente der Machtzuweisung in einer Demokratie eine herausgehobene Rolle. Doch was wollen Wähler?

Seite 21

Staat und Kirche

Wie hält es der Staat mit der Religion? Sollte er sich angesichts einer multireligiösen Gesellschaft in Glaubensangelegenheiten zurückziehen?

Seite 26



Verhältnis
Staat und Kirche
ab Seite 26

TYRANNEI UND WIDERSTAND

- 4 Bildung gegen Tyrannei?
- 8 Widerstand gegen menschenverachtende Tyrannei als Mahnung und Aufgabe

SICHERHEITSPOLITIK

- 12 Ein Blick auf die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik

BILDUNG

- 14 Argumentieren lehren und lernen

JOURNALISMUS

- 18 Wir haben die Wahl

WAHLEN

- 21 Was Wähler wollen – einem Geheimnis auf der Spur
- 24 Episode 24: Die Zukunft der Visegrad 4



Olaf Scholz und die Nationale Sicherheitsstrategie ab Seite 12



Lokaljournalismus während Wahlen ab Seite 18

POLITIK UND RECHT

- 26 Wie hält es der Staat mit der Religion?
- 29 Das zehnte Forum Verfassungspolitik
- 30 So wirkt die Erosion der Demokratie auf die Geopolitik

NEUE FORMATE

- 33 Für Mittelschulen „Alles was RECHT ist!“
- 34 Veranstaltungsreihe „Akademie After Work“

AKADEMIE INTERN

- 33 Namen und Nachrichten – Kollegium
- 36 Landkreislauf und gesellschaftlicher Zusammenhalt
- 38 Gratulation an unseren Gastdozenten Marian Hummel
- 39 Veröffentlichungen
- 39 Namen und Nachrichten – Direktorin
- 40 Impressum

Blick über den See



Eigentlich sollte er ohnehin selbstverständlich sein: der Bezug auf die Bayerische Verfassung und das Grundgesetz im Schulunterricht. Bislang war er das nicht – wegen der notorisch knappen Zeit, aus Desinteresse am scheinbar Selbstverständlichen und wohl auch aus fachlich begründeter Unsicherheit über das, was da vermittelt werden soll. Angesichts der Tatsache, dass ein größer werdender Teil der Bevölkerung auf Distanz zu unserer freiheitlichen Demokratie geht, müssen sich diejenigen, die tatsächlich auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung stehen, ernsthaft damit auseinandersetzen, wie wir die Freiheit und die rechtsstaatliche Demokratie verteidigen. Es stimmt: In Zeiten, in denen es den populistisch und extremistisch eingestellten Krisenprofiteuren leicht gemacht wird, ihre Sympathisanten im „Gefühl“ zu bestärken, unser

Staat sei nicht ausreichend handlungsfähig, genügt es nicht, nur auf die Vermittlung von Wissen und auf politische Bildung zu setzen. Um die sog. stillschweigende Zustimmung der Bürgerschaft zum Staatswesen zu erreichen, müssen die vielen dringlichen Probleme auch tatsächlich gelöst werden. Ebenso unbestritten sollte jedoch sein, dass wir das Verständnis für das klug gewobene Netz aus Freiheitsrechten und staatsbürgerlichen Pflichten nicht einfach voraussetzen können, sondern es vermitteln müssen.

Der Bayerische Landesverein für Heimatpflege hat zu Beginn des Schuljahres vorgeschlagen, einmal in der Woche den Schultag mit einer kurzen „Verfassungszeit“ zu beginnen. Die Koalitionäre der Bayerischen Staatsregierung griffen die Idee auf. Natürlich: Papier ist geduldig, „ausbaden“ müssen die Idee die ohnehin stark belasteten Lehrkräfte. Aber anstatt über die damit verbundene Mehrarbeit und mögliche didaktische Probleme zu räsonieren, sollten wir die Lehrkräfte und ihre Schüler eher beneiden: Während viele Staaten monotone Fahnenappelle abhalten lassen oder ihrer Schülerschaft rituelle Bekenntnisse zur autokratischen Führung abverlangen, soll an bayerischen Schulen zum Nachdenken und zum Austausch über die Grundrechte und die Institutionenordnung unserer freiheitlichen Demokratie angeregt werden.

Auch die Akademie wird die Schulen und die Lehrkräfte dabei unterstützen, die geplante „Verfassungsviertelstunde“ zu einem Bestandteil des Unterrichts werden zu lassen, auf den sich Lehrkräfte und Schüler freuen. Schließlich bringt sie das nahe, worauf unsere Freiheit sowie der Schutz vor staatlicher Willkür maßgeblich beruhen.

Mit herzlichen Grüßen Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung



Illustration: Jorm Sangsorn (iStock)

TITELGESCHICHTE

Bildung gegen Tyrannei?

Tyrannen sind auf dem Vormarsch. Die diesjährige Sommerakademie unterzog sie einer eingehenden Betrachtung. Aus philosophischer und politisch-theoretischer Perspektive und entlang von Fallstudien arbeitete sie ihre gemeinsamen Merkmale und Machttechniken heraus. Und sie stellte die Frage, wie wir den Tyrannen unserer Tage widerstehen und tyrannischen Tendenzen in der Demokratie begegnen können.

Die Akademie für Politische Bildung besitzt bekanntlich eine eigene Bibliothek. Der Bestand ist so groß, dass längst nicht alle Bücher Platz darin haben. Einige sind daher in Seminarräumen untergebracht. In einem von ihnen finden sich Biographien von Personen, die entscheidenden Einfluss auf das Weltgeschehen genommen haben. Lässt man den Blick über die Regale schweifen, kann man eine interessante Beobachtung machen: Ein beachtlicher Teil der Werke widmet sich politischen Führern, an die wir uns nicht wegen ihrer herausragenden Leistungen erinnern, sondern wegen ihrer Terrorherrschaft und der von ihnen begangenen Verbrechen. Bezeichnen würden wir sie gemeinhin als Diktatoren oder Autokraten. Wir könnten sie auch Tyrannen nennen. Einst aus der Mode gekommen, hat dieser Begriff derzeit wieder Konjunktur. Bei all dem Grauen, das wir mit ihnen verbinden, geht offenbar starke Faszination von ihnen aus.

Vielleicht war das einer der Gründe dafür, dass unsere diesjährige Sommerakademie zur „Figur des Tyrannen“ auf so großes Interesse stieß. Vor allem aber dürfte das der bedrückenden Aktualität des Themas geschuldet sein. Während der globale Siegeszug von Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit manchen Beobachtern bis vor wenigen Jahrzehnten unaufhaltsam schien, ist er heute in weite Ferne gerückt. Die Mehrheit der Menschen weltweit lebt in Autokratien. Aber auch in zuvor scheinbar stabilen Demokratien beobachten wir Verfallstendenzen. Damit ist auch die Figur des Tyrannen, die viele bis dahin wahrscheinlich eher aus Geschichtsbüchern kannten, auf die politische Bühne zurückgekehrt.

Die Sommerakademie widmete sich aber nicht nur den kriegslüsternen Despoten und geschickten Demagogen unserer Tage. Weil Tyrannen so alt sind wie die Philosophie, haben sich philosophische Denkerinnen und Denker seit jeher bemüht, ihre Wesensmerkmale zu verstehen. Und sie haben vor dem Hintergrund ihrer eigenen Erfahrung von Tyrannei darüber nachgedacht, worin gerechte Herrschaft, das gute Zusammenleben im Staat und wirkliche Freiheit im Unterschied dazu bestünden. Die Sommerakademie zeichnete diesen Diskurs nach, um daraus für die Gegenwart zu lernen.

Der Tyrann im Denken der Antike und des Mittelalters

Dass sich ein solches Vorgehen lohnt, bewies schon der Eröffnungsvortrag von Barbara Zehnpfennig. Sie zeigte anhand von Platon und Aristoteles, wie in der Antike auf den Tyrannen geblickt wurde und wie aktuell diese Analysen nach wie vor sind. Beide bestimmen den Tyrannen als Alleinherrscher, der nur aufgrund seiner Willkür und zum eigenen Vorteil regiert. Aristoteles beschreibt aus der Außensicht die Maßnahmen, mit denen er sich an der Macht hält. Dazu gehören die Senkung des Bildungsniveaus und die Depolitisierung der Bevölkerung, die Verstrickung möglichst vieler Bürger in seine Machenschaften und die Förderung von Misstrauen und Feindschaft, auch in Form von Klassenkämpfen. Aristoteles' Lehrer Platon bezog die seelische Verfasstheit des Tyrannen mit ein – und machte dadurch deutlich, dass er bei aller Schuld, die er auf sich lädt, letztlich sich selbst schadet. Das liegt nicht nur daran, dass er niemandem trauen kann, in Einsamkeit und Furcht leben muss und zu Freundschaft unfähig ist. Der Grund ist nicht einmal, dass er trotz seiner vermeintlichen Allmacht am allerwenigsten tun kann, was er eigentlich will. Vor allem zerstört der Tyrann, indem er jeden Maßstab außer der Selbstsucht negiert, seine Vernunft – und macht sich so zum Sklaven seiner eigenen Triebe.

Matthias Perkams rekonstruierte die Diskussion des Tyrannenmords bei Thomas von Aquin, einem der einflussreichsten Philosophen und Theologen des Mittelalters und bedeutenden Kirchenlehrer. Thomas sah in der Tyranis, in der dem Herrschenden das Gemeinwohl gleichgültig ist, die schlechteste Staatsform. Er arbeitet eindrücklich heraus, wie der Tyrann den Widerstandsgeist der Beherrschten zu vernichten versucht. Ausgehend davon diskutiert er, unter welchen Bedingungen es gleichwohl moralisch legitim oder sogar geboten sein kann, sich gegen ihn aufzulehnen – und welche Risiken damit verbunden sein können.

Ein neuer Blick auf den Tyrannen in der Renaissance

Der italienische Renaissance-Philosoph, Historiker und Diplomat Niccolò Machiavelli bricht gewissermaßen mit der Tradition des antiken und mittelalterlichen Denkens. Er wird oft als Emanzipator des Tyrannen betrachtet. Stefano Saracino wandte sich jedoch gegen das verbreitete Bild von Machiavelli als skrupellosem Opportunisten, der autoritäre Herrscher beriet und gar eine tyrannische Herrschaftslehre entwickelte. Letztlich gehe es Machiavelli mit seiner antitraditionellen Auffassung von politischer Gewalt, politischer Ordnung und Herrschermoral keineswegs darum, den Tyrannen zu emanzipieren, sondern um die Schaffung einer republikanischen Ordnung.

Der systemische Blick auf Tyrannei in der Moderne

In der Moderne vollzieht sich ein Wechsel der Betrachtungsweise. Philosophen wenden sich zunehmend von konkreten Herrschern ab. Dagegen rücken sie Systeme in den Fokus, denen das Tyrannische eingeschrieben ist, und damit verbundene Formen der Subjektbildung.

Karlfriedrich Herb und Sarah Strömel zeichneten die Dialektik von Demokratie und Tyrannei bei Rousseau und Tocqueville nach. Letzterer warnte eindrücklich vor einer „Tyrannei der Mehrheit“ innerhalb demokratischer Gesellschaften und der Internalisierung eines sanften Zwangs, der von den Subjekten sogar als Freiheit erfahren werden kann. Diesen Gedanken griffen die weiteren Beiträge auf. Roberta Asolfi untersuchte den Begriff der Tyrannei im Werk von Michel Foucault und Hannah Arendt, deren Philosophie der Pluralität sich als Antwort auf die Erfahrung totaler Herrschaft lesen lässt. Simon Faets beschrieb im Ausgang von Karl Marx und Christoph Menke das Phänomen einer Wiederkehr der Knechtschaft im Inneren der Befreiung. Und Nicki Weber untersuchte anhand des Werks von Achille Mbembe die Veränderung des Herrschaftsmodus in postkolonialen Kontexten. Mbembe spricht hier von einer „intimen Tyrannei“ zwischen Herrschenden und Beherrschten, die das vormalige Gewaltverhältnis nicht aufhebt, sondern lediglich transformiert und die Ausbildung einer Zivilgesellschaft, die Widerstand gegen die Unterdrückung leisten könnte, unterbindet.

Fallstudien zu Tyrannen in Geschichte und Gegenwart

Bereichert wurde die philosophische Perspektive durch empirische Fallstudien, die wiederum die Jahrhunderte überspannten. Sie machten einerseits viele der zuvor aus analytischer Distanz beschriebenen Merkmale und Machttechniken anschaulich. Andererseits zeigten sie auf, wie umstritten es im Einzelfall sein kann, ob ein konkreter Herrscher wirklich als Tyrann oder nicht vielmehr als Freiheitskämpfer zu gelten hat.

Michael Sommer begann wiederum in der Antike mit dem Ereignis, das oft als der Tyrannenmord schlechthin gilt:

der Ermordung Caesars. Davon ausgehend verfolgte er die Frage, ob Caesar überhaupt ein Tyrann war, und zeigte das Spektrum der zeitgenössischen Deutungen seiner Ermordung auf: Während einige Beobachter sie als Terrorakt verdammt, sahen andere darin vielmehr einen legitimen Befreiungsschlag.

David Khunchukashvili nahm uns mit ins 16. Jahrhundert und zeichnete ein eindrückliches Bild von Ivan „dem Schrecklichen“, dem ersten Großfürsten von Moskau, der sich zum Zaren krönen ließ. Nach einer Einordnung seiner Herrschaft in die Geschichte des russischen Zarentums zeigte der Vortrag beispielhaft die perversen Inszenierungen, mit denen Ivan der Schreckliche den Eindruck absoluter Macht zu erzeugen versuchte.

Entlang einer dritten Fallstudie richteten wir den Blick mit Sascha Ruppert-Karakas auf das Syrien der Gegenwart, die dynastische Tyrannei der Assads und die Instrumente ihrer Herrschaftssicherung. Diese basiert auf einer immer aufs Neue erschaffenen Instabilität, einem Personenkult, der Permanenz absoluter Feindbilder und einer antagonistischen Vergesellschaftung der Subjekte. Wer sich bei alledem an die Machttechniken erinnert fühlt, die schon Platon und Aristoteles, Thomas und Machiavelli beschrieben, liegt wohl nicht falsch.

Bildung als Mittel gegen Tyrannei?

Die Abschlussdiskussion mit einem Impuls von Linda Sauer widmete sich vor diesem Hintergrund der Frage, was die Freunde der Demokratie von ihren Feinden lernen können. Wie können wir Tyrannen widerstehen und tyrannischen Tendenzen innerhalb der Demokratie begegnen? Neben dem Schutz der demokratischen Institutionen und der Stärkung der Zivilgesellschaft lautet die wenig überraschende Antwort: Ein Schlüssel ist politische Bildung, nicht im Sinne bloßer Wissensvermittlung, sondern als Stärkung politischer Urteilskraft, als Förderung demokratischer Resilienz, geistiger Freiheit und nicht zuletzt des Mutes, gegen solche Tendenzen Stellung zu beziehen.

Eine Veranstaltung wie die Sommerakademie kann dazu einen kleinen Beitrag leisten, indem sie die Machttechniken entzaubert, derer sich Tyrannen seit Jahrtausenden bedienen. Dadurch werden sie als das erkennbar, was Tyrannen zumindest aus platonischer Sicht immer schon waren – ob sie sich dessen bewusst sind oder nicht: Getriebene, die sich in Phantasmen absoluter Macht verlieren, in Wahrheit aber das denkbar unfreieste und unglücklichste menschliche Leben führen. Faszinierend scheint das bei genauerer Betrachtung eigentlich nicht. Eher erbärmlich.



Laura Martena



Barbara Zehnfpennig sprach über den Tyrannen im Denken von Aristoteles und Platon.

Foto: © Winterer (APB)

Lektüre zum Thema der Tagung



Der Democracy Report für das Jahr 2023 des V-Dem Institute diskutiert den aktuellen Stand der Demokratie-Entwicklung auf empirischer Grundlage und macht auf autokratische Tendenzen aufmerksam. Er kann hier kostenlos heruntergeladen werden: **LINK: bit.ly/vdem-report**

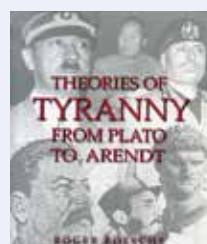


Der Band mit dem Titel **Tyrannen. Eine Geschichte von Caligula bis Putin**, der von André Krischer und Barbara Stollberg-Rilinger herausgegeben wurde, versammelt Portraits von Herrschern, die als Tyrannen galten oder noch gelten. Die Beitragenden sind vorwiegend Historikerinnen und Historiker.

Der Band ist 2022 bei C.H. Beck erschienen.

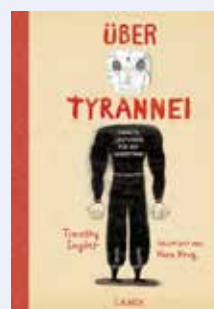
LINK: bit.ly/krischer-tyrannen

Eine Ideengeschichte der Tyrannei hat Roger Boesche unter dem Titel **Theories of**



Tyranny from Plato to Arendt vorgelegt. Seine Monographie ist bereits 1995 bei der Penn State University Press erschienen. Eine deutsche Übersetzung liegt leider nicht vor.

LINK: bit.ly/tyranny-theories



Konkrete Handlungsempfehlungen im Kampf gegen alte und neue Tyrannen gibt Timothy Snyder in **Über Tyrannei**. Zwanzig Lektionen für den Widerstand, das 2021 auf Deutsch bei C.H. Beck erschienen ist.

LINK: bit.ly/snyder-tyrannei

GEDENKVERANSTALTUNGEN DER AKADEMIE ZUM 20. JULI 1944

Widerstand gegen menschenverachtende Tyrannei als Mahnung und Aufgabe

Weniger als ein Jahr nach ihrem Arbeitsbeginn startete die Akademie eine Veranstaltungsreihe zum „20. Juli“.

Nach schwierigen Geburtswehen hatte die Akademie endlich im Oktober 1958 unter ihrem Gründungsdirektor Felix Messerschmid (1904–1981) in dem seit Juni 1938 im Eigentum der Landesversicherungsanstalt Oberbayern (heute: Deutsche Rentenversicherung Bayern Süd) stehenden Anwesen „Haus Buchensee“ in Tutzing ihre Arbeit offiziell aufnehmen können. Welch hohen Stellenwert Messerschmid von Beginn an der historisch-politischen Bildungsarbeit im Allgemeinen und der Auseinandersetzung mit jeglicher Form von Totalitarismus und Diktatur im Besonderen zukommen ließ, lässt sich allein schon daran ablesen, dass als eine der ersten Eigenveranstaltungen der noch jungen Akademie am Vorabend des 20. Juli 1959 eine Gedenkstunde zum fünfzehnten Jahrestag des gescheiterten Hitlerattentats veranstaltet wurde. Den Festvortrag über „Das Recht zum Widerstand“ bestritt der damalige Münchner Landgerichtsdirektor Wolfgang Schier (1918–2005).

„Aufstand des Gewissens“ (Hans Rothfels [1891–1976])

Noch bevor sich Schier der aufgeworfenen Frage zuwendet, ob und wie weit sich der Widerstand gegen Hitler auch vom Recht her begründen und also rechtfertigen lässt, führt er über das Geschehen, das unter dem Symbol des 20. Juli steht, ehrfurchtsvoll aus:

„Damals unternahmen es deutsche Männer und Frauen von edler Gesinnung, aus reinen Motiven und in klarer Erkenntnis, daß Hitler zuerst die sittliche und dann auch die physische Existenz unseres Volkes zerstören würde, nach langjährigen, immer wieder gescheiterten Vorbereitungen, in letzter Stunde und in höchster Not unseres Volkes mit Gewalt der Gewaltherrschaft ein Ende zu bereiten. Sie wählten damit einen Weg, dessen sittliche Rechtfertigung ihnen ihr Gewissen klar aufgezeigt hatte. Im günstigsten Fall konnten sie ihr Ziel erreichen, den Gewaltherrscher und sein Regime beseitigen und an einen Neubau des Vaterlandes gehen. Sie konnten aber auch im äußeren Erfolg scheitern, würden aber auch dann noch ein, wie sie hoffen durften, weit in die Gegenwart und in die Zukunft ihres Volkes weisendes Zeichen errichten, daß in diesem Volk noch immer Menschen lebten und leben werden, die ihr Leben im

Kampf gegen Unrecht und Unmenschlichkeit einzusetzen bereit sind. Jeder von ihnen wußte, seit er in diesem Kampfe antrat, daß seiner auch der ‚Tod in Schande‘ harrte, wie es in der NS-Sprache von damals hieß.

Der äußere Erfolg ist ihnen damals versagt geblieben. In den Todesurteilen des sogenannten Volksgerichtshofs hieß es, sie hätten sich für immer ehrlos gemacht. Sie achteten die äußere Ehre gering, als es galt, die inwendige Ehre zu bewahren. Diese aber war und ist festgegründet in ihrer edlen Gesinnung, in ihren reinen Motiven und in der klaren Bewußtheit, mit der sie den Kampf aufnahmen und bis zum Ende durchstanden.“ (Schier, 1959: S. 3f.)

„Mit ihrem Tun und dem Geist, aus dem heraus sie die Tat vollbrachten, haben sie sich selbst und dem Bild des Menschen, den Gott als sein Ebenbild und nicht als Bestie geschaffen hat, ein immerwährendes Denkmal gesetzt. Sie haben damit aber auch dem deutschen Volk in der tiefen Schande, in die es durch das NS-Regime gestürzt worden ist, einen Weg erschlossen, auf dem es gerade von ihrem Tod in Schande aus einen Weg aus der Schande heraus finden konnte; denn sie haben vor dem Volk, vor der Welt und vor der Geschichte den Beweis erbracht, daß die sittlichen Kräfte dieses Volkes nicht tot waren. Uns allen aber haben sie eine Verpflichtung hinterlassen, den Sinn ihres Kampfes zu begreifen und ihre sittlichen Überzeugungen zu den unseren zu machen.“
(Schier, 1959: S. 4)

Historisch-politische Ahnungslosigkeit

Oft berichtete Akademiedirektor Messerschmid von den niederschmetternden Antworten angehender Stipendiaten bei Auswahlgesprächen für die Deutsche Studienstiftung. Auf seine Frage, was es mit dem 20. Juli auf sich gehabt habe, hatte ihm beispielsweise ein Studierender völlig sinnfrei geantwortet: „Ach, Obrigkeit und so...“, und auf weiteres Nachbohren hin schließlich den Namen „Stauffenbach“



Buchcover Wolfgang Schier, 1959: „Das Recht zum Widerstand“ und weitere „Fundstücke“ zum 20. Juli 1944 aus dem Akademiearchiv

genannt. Für Messerschmid Anlass zu der besorgten Frage, was denn aus jungen Menschen werden solle, die eine derartige historisch-politische Ahnungslosigkeit erkennen lassen. Und auf das Ganze bezogen – immerhin in der angespannten Situation der späten 1950er Jahre: „Können solche Menschen überhaupt noch verstehen, worum es heute geht, können sie verstehen, dass in der latenten Auseinandersetzung zwischen Demokratie und Totalitarismus der Einsatz für die Freiheit notfalls den Einsatz des Lebens erfordert?“

Erste gemeinsame Gedenkstunde im Alten Münchner Rathaus

In seiner Begrüßungsansprache zur ersten gemeinsamen Gedenkveranstaltung am 19. Juli 1960 wies Münchens Oberbürgermeister Hans-Jochen Vogel auf die Besonderheit des Zusammenwirkens mit der Tutzinger Akademie hin und betonte, dass er „die Stadt nicht nur als Steuereinnahmer, Straßenbauer und Stromlieferant, sondern als eine bürgerliche, geistige und damit auch kulturelle Gemeinschaft“ verstanden wissen wolle. Zugunsten der „Sachlichkeit des Gedenkens“ hatten die Veranstalter bewusst auf Coriolan-Ouvertüre, Streichquartett und flammende Reden verzichtet. Eingerahmt durch Lesungen eindrücklicher Worte der Männer des 20. Juli, sprach der Münchner Religionsphilosoph und Gründungskurator der Akademie Romano Guardini (1885–1968) über die „Freiheit“.

Gefährdete Freiheit

Guardinis Ausführungen trugen einen eher pessimistischen Grundtenor: Seiner Einschätzung nach stünde nämlich die Freiheit bei seinen damaligen Zeitgenossen nicht sehr hoch im Kurs. „Es besteht dringender Anlass zum Zweifel“, so Guardini, „ob der heutige Mensch denn wirklich frei sein wolle. Ob er unter Freiheit mehr verstehe, als die Möglichkeit, ungehindert seinen Geschäften nachzugehen und sein Vergnügen zu haben.“ Nicht in erster Linie die Diktatoren, nicht die totalitären Systeme

seien es, die menschliche Freiheit angreifen und bedrohen; die maßgebliche Gefährdung und Zerstörung erfolge von innen, und äußere sich sowohl in einem Erlahmen des Willens, frei zu sein, wie auch in einem Verfall der Werte, zu deren Verwirklichung Freiheit unverzichtbar ist. Guardini mahnte, wenn politische Apathie und Trägheit oder rücksichtsloser Individualismus und blanker Egoismus die Oberhand gewannen, geriete eine Freiheit, die innerlich bereits aufgegeben wurde, in große Gefahr auch de facto beseitigt zu werden. Dann aber haben totalitäre Kräfte, habe der totale Staat leichtes Spiel und sei als der äußere Vollstrecker eines bereits im Wesen erfolgten Verlustes nur allzu eifertig zur Stelle. Gilt, oder besser droht das nicht gleichermaßen auch für jetzt und heute?

Meinte Hans Scholl (1918–1943) mit dem Ruf „Es lebe die Freiheit!“ bei seiner Hinrichtung durch die Nazis am 22. Februar 1943 im Gefängnis von München-Stadelheim wirklich das, was wir heute als unsere Freiheit – völlig selbstverständlich – in Anspruch nehmen? Möglicherweise ist die von uns selbst gelebte Freiheit gegenwärtig sich selbst der größte Feind – nicht zuletzt vor dem Hintergrund und in Anbetracht des Erstarkens von Extrem(ism)en, einer allgemeinen Verrohung und der zunehmenden Unterstützung von erklärten Feinden der Demokratie.

Etablierung der Gedenkveranstaltungen

Auch in den Folgejahren wurde mit Gedenkfeiern an die schicksalhaften Ereignisse des 20. Juli 1944 erinnert – getreu dem Diktum des 1914 von einem Nationalisten ermordeten französischen Historikers und Reformsozialisten Jean Jaurès (1859–1914): „Tradition bewahren heißt nicht, Asche aufzuheben, sondern eine Flamme am Brennen erhalten.“

1961 referierte Waldemar Besson (1929–1971), Ordinarius für Politikwissenschaft an der Universität Erlangen-Nürnberg, zum Thema „Verräter oder Patrioten?“, im Jahre 1962 Senator und Gewerkschaftsführer Ludwig Linsert (1907–1981) und Hans Karl Fritzsche (1914–1999),

ehemaliger Wehrmachtsoffizier und persönlicher Referent des Bundestagspräsidenten Eugen Gerstenmeier; beide berichteten im gut gefüllten Münchner Sophiensaal unter dem Titel „Geist der Freiheit – Ungeist der Gewalt“ im Wesentlichen von ihren persönlichen Erlebnissen und Erfahrungen aus der Zeit des „Dritten Reiches“ und im Widerstand gegen die nationalsozialistischen Machthaber. Mit deutlich erweitertem Veranstalterkreis (Stadt München, Ludwig-Maximilians-Universität, Technische Hochschule, Standortkommandantur München, Bayerischer Jugendring) fanden die Gedenkveranstaltungen ab 1963 statt: Unter der Überschrift „Der 20. Juli 1944. Ein Auftrag an unsere Zeit“ sprachen in diesem Jahr Burghard Freudenfeld (1918–1998), Hauptabteilungsleiter für Politik und Wirtschaft beim Bayerischen Rundfunk, sowie für den Bayerischen Jugendring Joachim Zenker. Die Feier zum 20. Jahrestag des Hitlerattentats 1964 im Herkulesaal der Münchner Residenz stand unter dem Thema „Widerstand und Résistance. Erbe und Auftrag an Europa.“ Die Gedenksprachen wurden gehalten vom Kieler Historiker Karl-Dietrich Erdmann (1910–1990) und dem ehemaligen Résistance-Mitglied und Leiter der französischen Kulturmission in Deutschland Félix Lusset (1903–1985). Als eine „Wegmarke des deutschen Staatsdenkens“ bezeichnete der damals in Hamburg lehrende Politikwissenschaftler Wilhelm Hennis (1923–2012) den Aufstand gegen das Unrechtsregime bei der Gedenkfeier von 1966: Hennis wies besonders darauf hin, dass es sich bei den Männern des 20. Juli um Persönlichkeiten gehandelt habe, „die mit dem traditionellen deutschen Staatsdenken vorbelastet waren“. Man habe diese Männer zum Gehorsam gegenüber dem Staat erzogen. „Sie haben aber erkannt, daß es sich bei dem Regime um eine Tyrannie handelt.“ Für die Gedenkveranstaltung von 1967 hatte man Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin (1907–1993) gewinnen können, der über „Nationalbewusstsein in der Welt von heute“ referierte. Er beschloss seine Ansprache mit dem Appell, wonach der mündige Staatsbürger Verantwortung suchen und auf sich nehmen müsse, und zwar notfalls bis zum Letzten; unter Berufung auf die letzten Worte an seine Freunde des am 5. Januar 1945 von den Nazis in Berlin-Plötzensee ermordeten sozialdemokratischen Widerständlers Julius Leber (1891–1945): „Für eine so gute und gerechte Sache ist der Einsatz des eigenen Lebens der angemessene Preis.“ Zur 25. Wiederkehr des 20. Juli 1944 wurde die inzwischen zehnjährige Tradition einer Abendveranstaltung im Plenarsaal der Bayerischen Akademie der Wissenschaften in München fortgeführt. Als Vortragende wirkten mit: Brigadegeneral Joachim Oster (1914–1983), Sohn des am 9. April 1945 im bayerischen KZ Flossenbürg hingerichteten Generalmajors Hans

Oster (1887–1945), und der damals an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn lehrende Politikwissenschaftler und Historiker Karl Dietrich Bracher (1922–2016): Seinen Vortrag über den „Widerstand im totalitären Staat“ endete Oster mit der Aufforderung, dafür Sorge zu tragen, dass in der Bundesrepublik „die Freiheit erhalten bleibt, um die die Widerstandskämpfer gerungen haben.“ Bracher hob kritisch hervor, dass der Verrat der (militärischen) Opposition nach wie vor unpopulär geblieben sei, weil man noch nicht das Recht und die Pflicht erkannt oder anerkannt habe, einen Staat infrage zu stellen, falls dieser sich über Moral und Menschenwürde hinwegsetzt.

Breite Aufarbeitung nötig

Aber nicht nur mit ihren Gedenkveranstaltungen, sondern auch innerhalb der „normalen“ Tagungsarbeit stellte – und stellt – sich die Akademie bewusst und offen gegen die lange weit verbreitete Zurückhaltung innerhalb der bundesdeutschen Nachkriegsöffentlichkeit in der Beurteilung des Widerstandes gegen Hitler und zur geistigen Überwindung der totalen faschistischen Diktatur. Sie verfolgt(e) damit das Ziel, die Problematik jenes Kampfes gegen das Unrechtsregime des Nationalsozialismus in nüchterner und sachlicher Analyse zu behandeln, ins kollektive Bewusstsein zu heben und so den langen „Mantel des Schweigens“ endgültig zu lüften.

Der Zeitzeuge Philipp von Boeselager

Exemplarisch sei dazu auf den im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Akademiegespräche im Bayerischen Landtag“ gehaltenen, besonders eindrucksvollen Vortrag von Philipp Freiherr von Boeselager (1917–2008) vom 14. Juli 2004 verwiesen. Mit von Boeselager konnte einer der wenigen überlebenden Widerstandskämpfer des 20. Juli 1944 gewonnen werden, der zum 60. Jahrestag des Attentats auf Hitler unter dem Titel „Mein Weg zum 20. Juli. Die Einsamkeit des Widerstands“ von eigenem Erleben, von den eigenen moralischen Nöten, Ängsten und Gewissensqualen berichtete und aus ihnen heraus die damaligen Geschehnisse deutete. Dargestellt erhielten die Zuhörer im Münchner Maximilianeum teils sehr intime Einblicke in persönliche Prägung, Charakterbild, das schwierige innere Ringen und die zermürbenden Gewissensprüfungen eines jener Menschen, welche die Hauptlast des (militärischen) Widerstandes getragen haben. Er und seine Kameraden stammten zumeist aus konservativ-deutschnationalen Familien und standen daher der nationalsozialistischen Bewegung und dem neuen NS-Staat nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber. Erst allmählich ergab sich für sie aus Erlebnissen und Berichten ein Bild des Unrechts und des Verbrechens, das sie schließlich zur Tat motivierte.

„Wir wussten von den Verbrechen der Nazis. 10.000 am Tag werden umgebracht in KZs usw. und sie werden dann gefragt von einem [Generalmajor Henning von] Tresckow: ‚Machst du mit, den Kerl, dieses Schwein [Hitler] umzubringen?‘, dann blieb einem, wenn man nachts gut schlafen wollte, gar keine andere Antwort übrig. Dann war es klar, dass man ‚ja‘ sagte. (...) Uns war klar, ganz egal wie die Sache

„Es gab zwei Gründe für den Widerstand: Erstens, das Gewissen, das war das Entscheidende, und zweitens der Patriotismus. Wir wollten Deutschland so wiederhergestellt haben, wie wir es kannten, mit dem Recht auf Leben, Freiheit und Eigentum und möglichst in alten Grenzen.“

(von Boeselager, 2004: S. 51)

„Ich sagte ihnen ja, die Nazis haben die ethischen Werte zu Tode geritten. Vaterlandsliebe, Mut, Tapferkeit, Ehrlichkeit, das ist kaputt gemacht worden von den Nazis und es wird lange dauern, bis das wieder da ist. Aber ein Gemeinwesen ohne diese Tugenden kann nicht auf Dauer bestehen. Das ist meine feste Überzeugung.“

(von Boeselager, 2004: S. 49)

ausgeht: Du wirst dabei wahrscheinlich nicht lebend herauskommen. Aber es muss gemacht werden, um den Verbrecher zu stoppen.“ (von Boeselager, 2004: S. 46)

Für die meisten Widerstandskämpfer, die ja gerade wegen ihres hohen moralischen Kodex zum Widerstand gestoßen waren, bestand das zentrale Dilemma darin, ausgerechnet eine politische Tötung an den Anfang ihres Projekts für ein freies, freiheitliches Deutschland zu stellen. Von Boeselager dazu wörtlich: „Ich war nicht Offizier geworden, um mein Staatsoberhaupt zu erschießen.“

Vermächtnis des Widerstands

Was können, was müssen wir Nachgeborenen quasi als Vermächtnis des Widerstands aus dem Geschehenen lernen – in den Worten von Wolfgang Schier aus dem Jahre 1959: „Die Männer und Frauen, die im Widerstand gegen Hitler standen und ihr Leben dafür opferten, haben nicht nur ihr persönliches Schicksal erlitten, das sie, ihre Familien und Freunde anging, sie haben auch in das Buch der Geschichte eine Botschaft an uns alle geschrieben, von deren rechtem Verständnis wiederum unser Schicksal abhängen wird.“ (Schier, 1959: S. 4f.)

Aufgaben politischer Bildung

Unter Rückbezug darauf wäre abschließend zu fragen, in welcher geistigen Verfassung sollte sich der Bürger einer freiheitlich-demokratischen Gesellschaftsordnung denn befinden, wenn er die Rechte und Freiheiten ihrer geschriebenen Verfassung nicht nur für sich beanspruchen, sondern auch selbst verwirklichen wollte. Und was könnte/hätte die Akademie für Politische Bildung dazu beizutragen: Darauf geben die vom Kuratorium der Akademie in seiner Sitzung vom 5. September 1958 verabschiedeten „Richtlinien für die Arbeit der Akademie“ Auskunft. Punkt 8 der Richtlinien kennzeichnet die grundlegende Situation und die sich daraus ergebende Aufgabe folgendermaßen – und quasi überzeitlich:

„Es gibt ‚Demokraten‘, die unter Demokratie lediglich das formale Verfahren der politischen Willensbildung verstehen ohne Rücksicht auf den Geist, der den Staatsbürger, die Parteien und die Institutionen beseelt. Eine solche Auffassung der Demokratie hat zur Katastrophe der Weimarer Republik beigetragen. Die politische Bildung muss daher besonders in der deutschen Situation der Gegenwart die geistigen und sittlichen Inhalte entwickeln, durch welche die demokratische Staatsordnung erst jenes Maß von Verbindlichkeit gewinnt, das auch über schwere wirtschaftliche und politische

Krisen hinwegzutragen vermag. Erziehung zur Demokratie muss zum Bewusstsein bringen, was wert ist, verteidigt zu werden. Sie muss auch die sittlichen Kräfte wachrufen und pflegen, die zu Selbstlosigkeit und Opfer befähigen.“

Es bleibt viel zu tun

Leider, so muss man konstatieren, sind wir noch immer weit davon ab, dieser Vorstellung von (wehrhafter) Demokratie und freiheitlichem Bewusstsein zu entsprechen. Überdies scheint es zunehmenden Teilen der Bevölkerung an der nötigen Bereitschaft (Stichwort: „Bürgertugend“) zu erman-geln, den Bestand unser freiheitlich-demokratischen Grundordnung mutig und engagiert gegen ihre Feinde behaupten und verteidigen zu wollen.

Dies offensiv anzugehen war gleichsam Messerschmids Credo: Mit aller Kraft dem „politischen Analphabetismus“ zu begegnen und mittels verstärkter politisch-bildnerischer Anstrengungen auf ein gefestigtes demokratisches Bewusstsein der Bürger wie den Verantwortungswillen des Einzelnen hinzuwirken, um unser aller geschichtlichen Verantwortung für die Freiheit nachzukommen und (möglichst) gerecht zu werden.



Steffen H. Elsner

Literatur

Baron Philipp Freiherr von Boeselager:
Mein Weg zum 20. Juli. Die Einsamkeit des Widerstands (Reihe: Akademiegespräche im Bayerischen Landtag, [23.] Veranstaltung vom 14. Juli 2004). München 2004.

Romano Guardini: Freiheit. Eine Gedenkrede
(Reihe: Tutzing Beiträge zur politischen Bildung, Nr. 1). Würzburg 1960 (2. Auflage 1966).

Wolfgang Schier: Das Recht zum Widerstand.
Vortrag zum 20. Juli 1944, gehalten vor der Akademie für Politische Bildung in Tutzing am 19. Juli 1959 (Schriften der Akademie für Politische Bildung – Reihe A [1959–1967], Heft 2), Tutzing 1959.



Gedenktafeln an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus auf dem Gelände des ehemaligen Führerhauptquartiers „Wolfsschanze“ (Wilczy Szaniec) in Gierłoż bei Kętrzyn (Rastenburg) in Masuren, Polen.

Fotos: © Elsner (privat)



Bundeskanzler Olaf Scholz besucht das Taktische Luftwaffengeschwader 51 "Immelmann" bei der Verlegeübung Air Defender 2023 in Jagel, am 16.06.2023. Bildbeschreibung: Yvonne Albert

Foto: © Bundeswehr / Jane Schmidt

WEHRHAFT. RESILIENT. NACHHALTIG – INTEGRIERTE SICHERHEIT GEMEINSAM GESTALTEN

Ein Blick auf die Nationale Sicherheitsstrategie der Bundesrepublik

„Zum ersten Mal in der Geschichte unseres Landes haben wir eine Nationale Sicherheitsstrategie für die Bundesrepublik Deutschland erarbeitet“, so Bundeskanzler Olaf Scholz. Im Juni 2023 beschließt das Kabinett dieses Dokument und markiert damit einen historischen Moment in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik.

Denn mit der Verabschiedung der nationalen Sicherheitsstrategie (NSS) schließt die Bundesregierung eine bisherige Lücke: Sie liefert eine solide und transparente Basis sowie eine gemeinsame politische Grundlage für alle Ressorts zur Ausarbeitung weiterer, spezifischer Strategiepapiere. Und dabei stellt die NSS auf ein umfassendes Verständnis über sicherheitspolitische Problemstellungen ab: So bilden neben den teils gefährlichen sicherheitspolitischen, globalen Veränderungen auch Entwicklungen, welche die Fundamente der Demokratie, die Resilienz der Gesellschaft oder die Stabilität der Wirtschaft bedrohen ebenso wie die Suche nach Lösungen für die – auch sicherheitspolitischen – Auswirkungen der Klimakrise die Grundlage für einen integrierten Sicherheitsbegriff. Vor diesem Hintergrund werden die für die Bundesrepublik relevanten sicherheitspolitischen Handlungsfelder in drei zentrale Bereiche gegliedert:

Wehrhaftigkeit: Sie umfasst die klassische Landes- und Bündnisverteidigung, eine klare transatlantische und europäische Verankerung mit den USA und Frankreich als wichtigsten Partnern, die zivile Verteidigung, den Zivil- und

Katastrophenschutz, das internationale Krisenmanagement sowie neue Anstrengungen zur Rüstungskontrolle.

Resilienz: Diese Säule bezieht sich auf den Schutz und die Stärkung der Demokratie gegenüber Desinformation, Cyberangriffen oder Verwundbarkeiten aufgrund von Abhängigkeiten. Nach außen hin konzentriert sie sich auf die Aufrechterhaltung einer regelbasierten und freien internationalen Ordnung.

Nachhaltigkeit: Der Bereich Nachhaltigkeit thematisiert den Umgang mit den Auswirkungen der Klimakrise, mit Fragen der Ernährungssicherheit und mit globalen, grenzüberschreitenden Problemstellungen wie vernetzte, sicherheitspolitische Gesundheitsfragen.

Die Nennung klarer Vorstellungen über die globale Ordnung der Welt vermeidet die Strategie weitestgehend und schwächt auch die bisherige Betonung eines regelbasierten Multilateralismus ab. Sie hebt jedoch eine zunehmende Multipolarität der Welt hervor und spricht von einer freien internationalen Ordnung basierend auf der UN-Charta, dem Völkerrecht und der Menschenrechtsdeklaration. Darüber hinaus legt die NSS auch einen deutschen

Gestaltungsanspruch nahe: Denn eine multipolare Welt zwingt die Bundesrepublik dazu, Systemunterschiede und Zielkonflikte anzunehmen und sich auf die Schnittstellen für eine Zusammenarbeit zu konzentrieren. Priorisierungen und Ressourcenallokation müssten fortan dazu dienen, die eigenen Werte und Interessen zu fördern und zu schützen. Damit einher geht auch die Notwendigkeit, Verständnis für die Werte und Interessen anderer Länder aufzubringen.

Integriertes, also ressortübergreifendes Krisenmanagement sowie der Fokus auf das präventive Handeln werden in der Strategie als zentraler Bestandteil der integrierten Sicherheit benannt. Diese Herangehensweise zielt auf die Verbesserung der Bündelung von zivilen, entwicklungspolitischen, diplomatischen und militärischen Ressourcen und Instrumenten zur Bewältigung von Krisen und gewaltsamen Konflikten ab.

Die Bundesrepublik ist ein wichtiger Partner und bedeutender Geber im Bereich der zivilen Friedensförderung, das gilt insbesondere für die Unterstützung von UN-Friedensmissionen, für die Zusammenarbeit mit der Afrikanischen Union, für die globale humanitäre Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit. Um strategische und nachhaltige Lösungen für die zentralen Probleme im Bereich präventiven Handelns zu bieten, müssten der NSS jedoch eine klare Prioritätensetzung und politische Impulse folgen, die auch in diesem Feld innovative Ideen fördern. Die Bereitstellung finanzieller Mittel reicht an dieser Stelle nicht. Es braucht Klarheit über ihre Verwendung und ihre Einbettung in internationale Prozesse, basierend auf den Werten und strategischen Interessen der Bundesrepublik.

Rolle von EU und NATO

Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine veränderte auch die Sichtweise auf die strategische Souveränität der Europäischen Union. Die gestiegene Bedeutung der robusten Bündnis- und Landesverteidigung innerhalb der NATO wird in der Strategie deutlich hervorgehoben.

Für vier Bereiche in der Außen- und Sicherheitspolitik fungiert aus Sicht der Bundesregierung die EU als der zentrale Handlungsrahmen: (1) Im zivilen Katastrophenschutz, der Terrorismusbekämpfung, wirtschaftlichen Resilienz und Migration; (2) im Bereich der Koordination militärischer und rüstungspolitischer Kooperation; wobei hier das neue Instrument der Europäischen Friedensfazilität hervorgehoben wird. (3) Auch dem Instrument der EU-Erweiterung wird eine geostrategische Bedeutung zugemessen. Dabei bekennt sich die Bundesregierung zur Erweiterungsperspektive für die Ukraine, für die Republik Moldau und für die Länder des Westlichen Balkans. (4) Unter Betonung der Bedeutung der Territorialverteidigung durch die NATO bekennt sich die Strategie zur Förderung des zivilen und militärischen Krisenmanagements im Rahmen der GSVP, etwa durch eine Beteiligung beim Aufbau der verlegbaren schnellen Einsatzkräfte der EU. Ein stärkeres Bekenntnis zur Rolle der EU in Außen- und Sicherheitspolitik in der NSS wäre jedenfalls wünschenswert gewesen, zumal sich die Bundesrepublik in den Jahren seit 2016 als treibende Kraft für eine vertiefte Integration und Fortentwicklung der Gemeinsamen Sicherheitspolitik der EU erwiesen hat. Hervorzuheben sind hier die neuen Instrumente des Europäischen Verteidigungsfonds, der

Verabschiedung des Strategischen Kompasses der EU oder der Europäischen Friedensfazilität, bei deren Entwicklung und Implementierung die Bundesrepublik ein gewichtiger Impulsgeber war. Diese Entwicklungen stehen keinesfalls im Widerspruch zum Anspruch an das Verteidigungsbündnis NATO, als zentraler Akteur in der Bündnis- und Landesverteidigung zu fungieren. In der gegenwärtigen Verfasstheit der multipolaren Welt dürfen EU und NATO nicht weiter gegeneinander ausgespielt werden.

Vernetzte Sicherheit und Prävention – auch in Bezug auf globale Gesundheit

Die Bereiche Prävention, Vorsorge und Bekämpfung von Pandemien wurde ebenfalls in die Nationale Sicherheitsstrategie aufgenommen. Auch werden die sicherheitspolitischen Aspekte einer notwendigen globalen Überwachung von Gesundheitsgefahren sowie der Schutz von Lieferketten für medizinische Güter hervorgehoben.

In diesen Bereichen bezieht sich die NSS auf den sogenannten One Health-Ansatz. Dieser zielt auf die Wechselwirkungen zwischen Mensch, Tier und Umwelt ab und fordert eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit für nachhaltige Präventionsmaßnahmen. Die Aufnahme dieses Themenfeldes in die NSS ist richtig, mangelt es auch weiterhin an einem einheitlichen international etablierten Indikatorensystems zur Früherkennung derartiger Gefahren. Sicherheitsakteure verfügen bereits über notwendige Überwachungsressourcen, um Krankheitsausbrüche frühzeitig zu erkennen und gegebenenfalls auch auf vertrauliche Informationen zuzugreifen zu können, die für den Schutz vor Gesundheitsbedrohungen wichtig sind. Gerade die multilaterale sowie eine sektorenübergreifende Zusammenarbeit bleibt der beste Weg, um einen effektiven Schutz vor Pandemien zu gewährleisten. Erwartbar hat die Nationale Sicherheitsstrategie viel Kritik erfahren, die insbesondere auf die nicht gestillte Hoffnung nach konkreten Antworten und Umsetzungsvorgaben abzielte. Vielleicht gilt es diesen Erwartungshorizont zumindest in Teilen zu überdenken: Es ist positiv zu bewerten, dass ein Kabinett im Umfeld eines Angriffskrieges in Europa, der andauernden wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Auswirkungen eines globalen Pandemiegeschehens und im Angesicht von Ressortstreitigkeiten auf Bundesebene zum ersten Mal überhaupt eine derartige Sicherheitsstrategie auf den Weg gebracht hat. Eine Strategie, die die sicherheitspolitischen und außenpolitischen Veränderungen in einer sich veränderten Welt aufgreift und anspricht. Sie schafft, wie eingangs erwähnt, einen soliden Rahmen und eine gemeinsame politische Grundlage für eine natürlich notwendige Ausdifferenzierung durch die entsprechenden Ressorts.



Anja Opitz

Webtipp:



Link zur Internetseite der Nationalen Sicherheitsstrategie:
bit.ly/nationale-sicherheitsstrategie



PDF-Link zum Dokument:
bit.ly/sicherheitsstrategien

Argumentieren lehren und lernen

Das Formulieren, Analysieren und Bewerten von Argumenten gilt als wichtige Fähigkeit freier und kritischer Bürgerinnen und Bürger. Wie aber lässt sie sich vermitteln?

Das Wissenschaftliche Netzwerk „Argumentieren in der Schule“, das seit 2019 von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird, hat aus philosophiedidaktischer Perspektive an Konzepten gearbeitet, argumentative Kompetenzen zu schulen. Die Ergebnisse sind über den Schulkontext hinaus für die politische Bildung von Belang.

Unsere Mitarbeiterin Laura Martena war seit seiner Gründung im Netzwerk aktiv. Anlässlich des bevorstehenden Endes der Förderungsdauer hat sie ein Gespräch mit dem Initiator und Koordinator des Netzwerks, **David Löwenstein** (HHU Düsseldorf), und mit zwei seiner Mitstreiter, **Jonas Pfister** (Universität Innsbruck) und **Donata Romizi** (Universität Wien), geführt.

Herr Löwenstein, Sie haben das Netzwerk „Argumentieren in der Schule“ vor vier Jahren initiiert. Was hat Sie dazu veranlasst, und welche Ziele haben Sie damit verfolgt?

Löwenstein: Da haben mehrere Dinge zusammengespielt. Erstens wollte ich gern ein weiteres Arbeitsfeld angehen, das stärker aus dem Elfenbeinturm heraus wirken kann. Zweitens hat mich das Thema Argumentieren schon länger in der Forschung und Hochschullehre beschäftigt und ich habe mich oft gefragt, ob (und, wenn ja, wie) sich einige dieser Inhalte und Fähigkeiten bereits früher und breiter vermitteln lassen. Und drittens haben mir Kolleg:innen aus der Fachdidaktik und Schulpraxis von Defiziten in Bezug auf das Argumentieren in der Schule berichtet. Glücklicherweise waren sie auch von der Idee begeistert, sich in diesem Rahmen gemeinsam zu engagieren. Tja, und dann hatten wir das Glück, dass wir die Deutsche Forschungsgemeinschaft überzeugen konnten, unsere gemeinsame Arbeit zu fördern.

Verstärkung haben Sie u.a. mit Frau Romizi und Herrn Pfister gefunden. Wie sind Sie beide zu dem Thema gekommen, und was hat Sie zur Arbeit im Netzwerk motiviert?

Romizi: Ähnlich wie David hatte ich Erfahrungen in der Hochschullehre gesammelt, was die Förderung von Argumentationskompetenzen betrifft. Dabei gewann ich den Eindruck, dass viele Studierende große Schwierigkeiten haben, gute Argumente aufzubauen und die Qualität der Argumente anderer einzuschätzen. Das Argumentieren hatten sie in der Schule offensichtlich nur im Sinne der Rhetorik geübt, und nun fehlten ihnen die logischen Kompetenzen. Da dachte ich mir: Man müsste eigentlich viel früher mit der Förderung dieser logischen und argumentativen Kompetenzen beginnen. Also war ich begeistert, als mich David einlud, mitzumachen.

Pfister: Ursprünglich bin ich aus zwei Gründen zum Thema gekommen. Zum einen, weil ich überzeugt bin, dass eine



David Löwenstein lehrt Philosophie an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Seine Interessen liegen vor allem in verschiedenen Bereichen der theoretischen Philosophie und der Didaktik der Philosophie. Er leitet das Netzwerk »Argumentieren in der Schule« und ist Koordinator und Co-Host des interaktiven Public-Philosophy-Podcasts »mitgedacht«.

Foto: Christoph Sapp

Illustration: Maria Petrishina (iStock)

Wissenschaft sich vor allem über ihre Methode auszeichnet. Wenn also die Philosophie als Wissenschaft bestehen will, muss sie eine eigene Methode haben. Das Argumentieren ist nun mitnichten nur eine Methode der Philosophie, aber die grundlegende Art, in der sie es tut, gehört zu ihr.

Zum anderen sah ich bereits früh im eigenen Unterricht an der gymnasialen Oberstufe vor vielen Jahren, wie schwierig es ist, Argumentationstheorie zu lehren, wenn Schüler:innen nicht bereits eine Neigung für formales Denken haben. Zu David und damit zum Netzwerk bin ich über Georg Brun gekommen: Er hat uns miteinander bekannt gemacht. Und das war der Beginn einer schönen Freundschaft.

Was müsste man lernen, um besser zu argumentieren? Und warum sollte man sich eigentlich darum bemühen?

Pfister: Die erste Frage lässt sich nicht in wenigen Sätzen beantworten. Ich denke, dass wir die Ergebnisse der psychologischen Forschung berücksichtigen sollten, die zeigen, dass die Entwicklung argumentativer Kompetenzen vor allem eine Entwicklung meta-kognitiver Fähigkeiten ist.

Die zweite lässt sich dagegen relativ leicht beantworten, denke ich: Wir benötigen argumentative Fähigkeiten, um kritisch zu denken, und wir benötigen kritisches Denken, um individuell ein selbstbestimmtes Leben zu führen und gesellschaftlich eine funktionierende Demokratie.

Löwenstein: Ja, das sehe ich auch so. Argumentationskompetenzen umfassen das Formulieren von Argumenten, das Verstehen von Argumenten und das Evaluieren von Argumenten. Es geht um Fragen wie diese: Wo wird überhaupt argumentiert? Woraus bestehen Argumente generell? Wie ist ein bestimmtes Argument aufgebaut? Was macht die Begründungsstärke eines Arguments aus? Welche Rolle spielen inhaltliche Fragen des behandelten Themas und welche Rolle spielen strukturelle Fragen der Form des Arguments? Argumentationskompetenz bemisst sich u.a. daran, diese und andere Fragen beantworten zu können und vor allem das Interpretieren und Rekonstruieren von Argumenten praktisch einzuüben und immer weiter zu verbessern.

Romizi: Ich stimme in allem zu. Ich möchte nur noch die wichtige Funktion betonen, die die Argumentationskompetenz beim Überprüfen des eigenen Denkens spielt. Oft wird das Argumentieren auf eine Praxis des Überzeugens anderer reduziert. Das hat wohl auch damit zu tun, dass wir psychologisch so aufgebaut sind, dass wir tendenziell die Richtigkeit unserer Überzeugungen unmittelbar voraussetzen. Dann geht es nur noch darum, andere zu überzeugen, oder kritisch zu überprüfen, was sie sagen. Aber die Argumentationstheorie brauchen wir eigentlich deswegen dringlich, weil sie uns hilft, unsere psychologisch bedingte Voreingenommenheit zugunsten unserer Überzeugungen zu überwinden (soweit es geht), und zu überprüfen, wie gut die Gründe sind, die unsere Überzeugungen stützen.

Zur argumentativen Praxis scheinen auch bestimmte Einstellungen oder Haltungen zu gehören, man könnte vielleicht auch etwas altmodisch sagen: Tugenden. Welche sind das, und wie erwirbt man sie?

Pfister: Ein wichtiger Punkt, und eine gute Frage. Zunächst muss man, mit Aristoteles, zwischen charakterlichen und intellektuellen (oder epistemischen) Tugenden unterscheiden. Eine abschließende Liste gibt es nicht. Zu den wichtigsten epistemischen Tugenden zählen wohl die Offenheit gegenüber anderen Meinungen und die Orientierung an rationalen Gründen.

Romizi: Ich würde die „Offenheit gegenüber anderen Meinungen“ noch verstärken und sagen, dass zur guten Argumentationspraxis ein authentisches Interesse gegenüber anderen Meinungen gehört – was sich in aktivem und geduldigem Zuhören manifestiert, im Rückfragen und anderen Formen der Bemühung, den anderen zu verstehen.

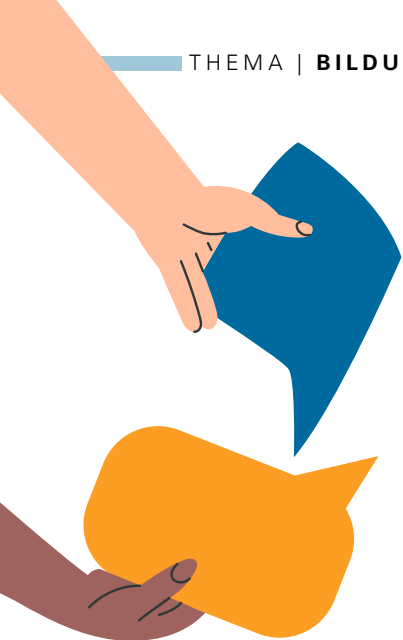
Außerdem ist es wichtig, sich nicht derart mit den eigenen Positionen und Argumenten zu identifizieren, dass man sich als Person in Frage gestellt fühlt, wenn die eigenen Positionen und Argumenten in Frage gestellt werden. Ich sage in meiner Übung zur Argumentationstheorie immer wieder scherzend, dass das Argumentieren eine buddhistische Übung des Loslassens des eigenen Ichs ist. Die Frage, wer recht hat, muss zugunsten der Frage zurücktreten, was der Fall ist, oder welche Position am besten begründet ist. Gemeinsame Wahrheitssuche statt Machtkampf, sozusagen. Das bringt mich zum letzten Punkt: Zur guten argumentativen Praxis gehört Sensibilität und Aufmerksamkeit für deren Rahmenbedingungen: Wird die Diskussion von Machtverhältnissen beeinflusst? Gibt es Stimmen, die aus sozialen oder politischen Gründen nicht so ernst genommen werden, wie sie sollten?



Donata Romizi forscht und lehrt am Institut für Philosophie der Universität Wien, und sie leitet den Universitätslehrgang „Philosophische Praxis“ am Postgraduate Center derselben Universität.

Foto: Universität Wien





Jonas Pfister ist Assistenzprofessor am Institut für Philosophie der Universität Innsbruck.

Foto: Pfister (privat)

Löwenstein: Da kann ich nur begeistert zustimmen. Argumentationskompetenzen sollten wir nicht für unnötige Logeleien und Spitzfindigkeiten missbrauchen. Sie sollen einen Beitrag leisten, ein gemeinsames Verständnis von Problemen und Argumenten zu erarbeiten, zu denen wir Stellung beziehen können. Die Bereitschaft, jedes Detail zu prüfen, das große Ganze aller relevanten Argumente im Blick zu behalten und offen und proaktiv die Einwände gegen die eigene Position so stark wie möglich zu machen – unter anderem dadurch zeichnet sich ein epistemisch und moralisch tugendhafter Gebrauch von Argumentationskompetenzen aus.

Sie haben Ihre Konzepte in verschiedenen Kontexten erprobt. Wie würden Sie Ihre Erfahrungen beschreiben? Sind Sie auf bestimmte Widerstände und Hürden gestoßen?

Löwenstein: Vom Argumentieren ist in den verschiedensten Kontexten die Rede. Eine der Herausforderungen betrifft die Vielfalt, wie dieses Wort gebraucht wird. Oft geht es nur ums Rechtbehalten, ums rhetorische Überwältigen oder um das gelegentliche Einstreuen bestimmter Phrasen. An anderer Stelle heißt es, jedes Argument erfordere ein Beispiel oder bestehe stets aus bestimmten anderen Teilen, die in Wahrheit gar nicht zwingend erforderlich sind. Kurz, es fehlt oft an einer grundlegenden Klarheit in Bezug auf Argumente und ihre Funktion.

Pfister: Eine besondere Herausforderung ist es zu verstehen, was es bedeutet, dass eine Aussage aus anderen zwingend logisch folgt, d.h. wie man sagt, dass das Argument „gültig“ ist. Ich weiß immer noch nicht, wie man es am besten macht, aber ich denke, dass der Ansatz, dass man zunächst sich darin üben sollte, Argumente zu rekonstruieren, bevor man sich dem Begriff der Gültigkeit nähert, vielversprechend ist.

Romizi: Bei meinen Studierenden bemerke ich eine Verkürzung der Aufmerksamkeitsspanne und eine Tendenz zur Ungeduld. Vermutlich ist das eine Folge der heutigen schnellen und effizienzorientierten Lebensform und des Umgangs mit Medien (kurze Texte, kurze Videos, ständiges Wischen am Smartphone usw.). Jedenfalls wirkt es sich negativ auf die „Bereitschaft, jedes Detail zu prüfen“ aus. Es ist auch schwierig, dem Einüben der Argumentationspraxis jene Zeit einzuräumen, die es verlangen würde, um nachhaltig zu sein.

Auch die aufrichtige Betrachtung der Einwände gegen die eigenen Positionen verlangt von uns einen Kampf gegen innere Widerstände. Allgemein verlangt das gute Argumentieren eine Abstraktion von sich und von konkreten, anschaulichen Erfahrungen – und die meisten Menschen sind gerade daran sehr interessiert: an sich selbst (vor allem wenn sie jung und gerade mit der eigenen Identitätsfindung beschäftigt sind) und an Geschichten, die emotional bewegen und bei denen es unmittelbar spürbar ist, dass sie konkrete Menschen betreffen.

Zum Abschluss: Wo liegen Grenzen einer Argumentationsdidaktik?

Löwenstein: Ich sehe diese Grenzen als offen, fließend und überlappend mit anderen Bereichen: Rhetorik, Sprachphilosophie und Logik, auch mit der politischen Philosophie und anderen Gebieten. In Schulen ist es hilfreich, diese offenen Grenzen fruchtbar zu machen, etwa argumentationstheoretischen Aspekte im Fach Philosophie/ Ethik und sprachliche Aspekte in Fächern wie Deutsch oder Englisch abzustimmen. Auch in anderen Fächern kommt es oft auf bestimmte Argumentationsformen an, die sich hier bestens einfügen, etwa wenn es um statistisches Denken geht, kausale Schlüsse oder Schlüsse auf die beste Erklärung.

Pfister: Eine weitere Grenze besteht darin, dass argumentative Fähigkeiten, so gut ausgebildet sie auch sein mögen, uns nicht vor kognitiven Verzerrungen schützen. Zu einer Schulung des kritischen Denkens gehört somit auch, dass man eine Sensibilisierung dafür entwickelt und Strategien kennt, um ihren Einfluss zu minimieren.

Romizi: Ich glaube, dass eine gute Praxis des Argumentierens uns viel abverlangt. Manchmal haben Überzeugungen eine wichtige psychologische Funktion, und es ist verständlich, wenn Menschen sie nicht überprüfen wollen. Heikler wird die Sache, wenn sie diese Überzeugungen gesellschaftlich wirksam werden lassen wollen. In pädagogischer Hinsicht aber, und mit Blick auf konkrete Individuen, ist es nicht immer gut, aufs Argumentieren und Überprüfen zu bestehen.



*Das Interview führte
Laura Martena*

Das Netzwerk „Argumentieren in der Schule“

Es wird auch nach dem Ende der Förderung durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft aktiv bleiben. Aus der Arbeit des Netzwerks sind zahlreiche Publikationen hervorgegangen, die zum Teil online kostenlos zugänglich sind.

Buchtipps und Weblinks



Praxisnah ist das Buch **Argumentieren lernen. Aufgaben für den Philosophie- und Ethikunterricht**, das von Henning Franzen, Anne Burkard und David Löwenstein herausgegeben wurde. Es ist 2022 in Einzeldateien bei www.philovernetzt.de und 2023 Open Access und zusätzlich als gedrucktes Buch bei der WBG erschienen.

Es bietet Lehrkräften an Schulen, die argumentative Fähigkeiten ihrer Schülerinnen und Schüler stärken möchten, einen praktischen Leitfaden sowie Merkblätter und Aufgaben, die direkt im Unterricht eingesetzt werden können.



Es kann hier heruntergeladen werden:
bit.ly/argumentieren-lernen

Der Sammelband **Argumentieren im Philosophie- und Ethikunterricht: Grundlagen, Anwendungen, Grenzen bietet argumentationsdidaktische Reflexionen und Vorschläge für die Unterrichtspraxis**. Er ist von unseren Gesprächspartnern herausgegeben worden und 2023 im Vandenhoeck & Ruprecht Verlag erschienen.



Auch er ist online frei zugänglich:
bit.ly/argumentieren-philosophie



Eine Übersicht über weitere Veröffentlichungen des Netzwerks findet sich hier:
bit.ly/argumentieren-schule

Illustration: Maria Petrishina (iStock)

LOKALJOURNALISMUS

Wir haben die Wahl ☒

Am 8. Oktober 2023 haben die Menschen in Bayern und Hessen ihren Landtag gewählt.

Die drei Parteien der Regierungskoalition haben erhebliche Verluste erlitten, rechte Kräfte hingegen konnten sich etablieren. Gerade im Umfeld einer Wahl fragen sich Lokaljournalisten und -journalistinnen, wie sie Politik für Menschen sachlich, aber publikumswirksam aufbereiten können – und das in einem Klima von zunehmendem Misstrauen und Anfeindungen.

Der Befund ist eindeutig, sagte der Bonner Politikwissenschaftler Frank Decker. „Die Gesellschaft ist fragmentiert. Die Integrationskräfte sind schwächer geworden.“ Vor allem der rechte Rand habe sich radikalisiert. Und: Der Glaube an Verschwörungserzählungen korrespondiere sehr stark mit rechtspopulistischen Einstellungen. Über die Gründe und wie Lokalredaktionen mit Rechtspopulismus und Radikalisierung umgehen können, diskutierte er im September kurz vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen auf dem Podium mit der Journalistin und Lehrbeauftragten Ella Schindler und der Kommunikationswissenschaftlerin Rebecca Strohmeier.

Foto: iStock, Illustration: frimages (iStock)



Es war eines der vielen (Podiums-)Gespräche im Rahmen des einwöchigen Modellseminars „Wir haben die Wahl – Lokalredaktionen zwischen Spannung und Spaltung, Klicks und Haltung“ mit dem Schwerpunkt auf lokale Wahlberichterstattung. Umgesetzt wurde das Seminar federführend von der Bundeszentrale für politische Bildung unter Leitung von Anke Vehmeier, einem Team von erfahrenen und leitenden Redakteurinnen und Redakteuren und der Akademie. Sie alle erarbeiteten in Tutzing mit den 50 teilnehmenden Lokaljournalistinnen und -journalisten praxisnahe Konzepte und innovative Dialogformen mit Leserinnen und Lesern. Dabei wurden moderne Formen der Aufbereitung und attraktive Formate für journalistische Auspielwege, die besonders junge Zielgruppen ansprechen, gedacht und entwickelt; intensiv diskutiert wurden angesichts der aktuellen politischen Lage die Herausforderungen, denen Journalisten und Journalistinnen im Lokalen in ihrer Arbeit Tag für Tag begegnen, darunter das eigene Selbstverständnis, die vielen Anfeindungen und die Verantwortung der Redaktion im Umgang mit extremistischen Ansichten.

Zunehmende Pauschalkritik

„Wie können wir in der Wahlberichterstattung überhaupt die Leute erreichen?“ Michael Husarek, Chefredakteur der Nürnberger Nachrichten, hatte auf diese Frage keine eindeutige Antwort. Er sieht sich und seine Redaktion einer zunehmenden Medienkritik ausgesetzt. Etwa in der Diskussion um das antisemitische Flugblatt im Schulranzen des jungen Hubert Aiwanger, stellvertretender bayerischer Ministerpräsident. Husarek bekomme zu hören: „Ihr seid Teil einer Schmutzkampagne.“ Diese Kritik komme nicht nur von extremer Seite, sondern auch von der CSU, was Husarek „irritiert und besorgt“. Auch stellte er fest, dass viele Menschen ihr Zeitungsabo mit der Begründung kündigen, dass ihnen die Haltung des Mediums nicht mehr gefalle.

Auch Grit Baldauf, Regionalleiterin Mittelsachsen bei der Freien Presse in Freiberg, wusste um die Pauschalkritik an den Medien aus ihrem Arbeitsalltag. Sie stellte heraus: „Die Grenzen des Sagbaren weichen auf.“ Bei politischen Skandalen würde nicht mehr über die Inhalte gesprochen, sondern über die Medien, die die Themen angeblich aufbauschen. Das hätten Politiker vor ein paar Jahren so noch nicht gesagt. Das Anprangern von Lokaljournalistinnen und -journalisten sei normal geworden.

Mögliche Wege: Kontakt aufnehmen

Gleichzeitig stellte Baldauf fest, dass ihr Haus mit der Berichterstattung über die Kommunalwahl Leser und Leserinnen gewonnen hat. „Da ist das Interesse der Leser groß.“ Daher sei es wichtig, und darin waren sich alle im Auditorium einig, dass Wege hin zur Leserin und zum Leser immer wieder erschlossen werden müssen. Eine Möglichkeit, dies zu erreichen, beschrieb Heike Groll von der Volksstimme Magdeburg. Sie ist nicht nur Mitglied der Chefredaktion, sondern auch Leseranwältin in ihrem Haus. Leserinnen und Leser können sich mit Fragen, Beschwerden und Sorgen an sie wenden. Dies werde sehr gut angenommen.

Dabei hat Groll immer wieder auch Menschen mit extremen Meinungen am Telefon. Sie berichtete den Teilnehmenden, dass sie ihre eigene Meinung zurückstellt und oft einfach nur zuhört. „Wir können kein Weltbild ändern, wir können nur Gedanken-Anstöße geben.“ Häufig meldeten sich auch Leserinnen und Leser, die nach den Regeln und der Arbeitsweise der Redaktion fragen. „Wir werden hinterfragt und müssen unsere Arbeit erklären.“ Das sei eine gute Möglichkeit, Transparenz im Journalismus zu schaffen und für ihn zu werben.

Komplexitätsreduktion und Augenhöhe

Über den Input aus der Wissenschaftskommunikation konnten die Teilnehmenden erfahren, welche Wege andere Disziplinen ausschöpfen, um komplexe Sachverhalte anschaulich zu machen. Unter anderem sprach und diskutierte Daniela Nase vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt (DLR) mit den Teilnehmenden. Als Leiterin der Abteilung Innovations- und Transfermarketing in einem großen Forschungszentrum hat sie eine Scharnierfunktion zwischen Wissenschaft und Wirtschaft. Bei Öffentlichkeitsarbeit gehe es nicht mehr nur um die Vermittlung von Wissen, sagte sie, sondern darum, den Dialog zu fördern und die Gemeinschaft zu beteiligen. Ziel sei auch, der Öffentlichkeit klar zu machen, wie Wissenschaft funktioniert und arbeitet. In diesem Punkt habe sich durch Corona viel verändert, sagte Nase. Die Menschen wollten inzwischen vermehrt wissen, wie Erkenntnisse zustande kommen. Daher lautet ihr Credo: Komplexität reduzieren, Geschichten auf Augenhöhe erzählen und mit ihnen an der Lebenswelt der Menschen andocken (siehe auch Linktipps).

Lebensweltnähe und Verzicht auf „Politsprech“

Auf Basis solcher Inputs, die im Wechsel stattfanden zu Arbeitsphasen in Kleingruppen, entwickelten die Teilnehmenden konkrete Umsetzungsideen. Das Fazit einer Gruppe stark verkürzt: Wenn wir Menschen erreichen wollen, müssen wir aktiv zu ihnen hingehen und Themen identifizieren, die ihre Lebenswirklichkeit spiegeln. Wir müssen mehr erklären, unsere journalistischen Angebote besser verkaufen und auf „Politsprech“, also Expertensprache verzichten. (Wie konkret das gelingen kann, finden Sie im ausführlichen Seminarreader - siehe Linktipp). Eine andere Gruppe entwickelte einen Leitfaden dazu, wie Lokalredaktionen mit Querdenkern, Extremistinnen und Co. umgehen. Denn zunehmend werden Medienschaffende aus diesem Lager heraus beleidigt, bedroht und sogar tödlich angegriffen. (Diesen Leitfaden, unter Hinzunahme weiterer Diskussionsergebnisse, finden Sie auf Seite 20)

Dieser Artikel konnte nur Schlaglichter werfen auf die Veranstaltung, den Link zum vollständigen Dossier, verfasst vom Journalisten Robert Domes, finden Sie unter Linktipps. 

Kinza Khan

Leitfaden für Lokaljournalisten und -journalistinnen

Veranstaltungen und Demonstrationen mit extremistischen Ansichten

1. Veranstaltungen von Querdenkerinnen, Extremisten und Co. nicht alleine besuchen. Besser einen (oder mehrere) Kolleginnen und Kollegen zur Unterstützung mitnehmen. Das ist kein Zeichen von Schwäche, sondern zeigt, dass die Redaktion zusammensteht. Außerdem sehen vier oder mehr Augen mehr als zwei und im Fall der Fälle gibt es Zeuginnen und/oder Zeugen.
2. Bei Artikeln über Querdenker, Extremistinnen und Co. mehrere Autorinnen und Autoren angeben und/oder die Autorinnen und Autoren wechseln. Das hat den Vorteil, dass nicht mehr nur eine Person angreifbar ist und zur Zielscheibe von Bedrohungen und Anfeindungen wird. Ein Kollektiv ist für gezielte Angriffe schwerer zu adressieren, gerade weil Lokaljournalistinnen und -journalisten in ihren Gemeinden bekannt und damit besonders exponiert sein können. Bei besonderer Gefährdung können Pseudonyme eine weitere Option sein.
3. Es ist sinnvoll, fürs Erste nur eine Meldung/einen kurzen Bericht zu publizieren unter Nennung der Fakten (Was konkret ist passiert?). Im Nachgang sollte man das Thema dann ausführlich aufgreifen. So wird die Aktualität gewahrt und es kann dennoch eine sorgfältige Einordnung erfolgen.
4. Bei Einordnung: (Gast-)Kommentare oder Experten und Expertinnen hinzuziehen, um Situationen/Themen einzuordnen, dadurch wird die Einzelperson weniger fixiert und das Thema perspektivenreicher aufgearbeitet.
5. Arbeit der Redaktion transparent machen: Wie arbeiten wir? Wie läuft ein Interview ab? Gibt es ein Autorisieren von Antworten? Das gilt auch bei gescheiterten Interviews etwa mit Querdenkern und Querdenkerinnen, die das Interview nicht autorisieren, aber im Nachhinein behaupten, sie würden nie zu Wort kommen.

Linktipps:



Vollständiger Artikel zu Daniela Nase Dossier und Seminarreader von der bpb: bit.ly/modellseminar



Mit den Userinnen und Usern auf Augenhöhe: bit.ly/lokaljournal

Foto: iStock, Illustration: frimages (iStock)

WAHLSYSTEMREFORM

Was Wähler wollen – einem Geheimnis auf der Spur

Wahlen spielen als Instrumente der Machtzuweisung in einer Demokratie ganz offensichtlich eine herausgehobene Rolle. Welche Bedeutung dabei aber dem jeweiligen Wahlsystem zukommt, das die Regeln für diese Machtübertragung festlegt, wird oft nur in Expertenkreisen diskutiert.

Deutschland ist wahrlich reich gesegnet an Wahlsystemreformen. So befindet sich das Wahlverfahren für den Deutschen Bundestag seit über einem Jahrzehnt in einer Reformdauerschleife. Und auch auf Landesebene gibt es immer wieder Bestrebungen, die entsprechenden Regelungen neu zu justieren. In den politischen und medialen Diskussionen, die diese Veränderungsprozesse begleiten, wird häufig auf die – unterstellten – Erwartungen der Wahlberechtigten verwiesen. Dieser vermutete Wählerwille dient dann als Argument für oder gegen bestimmte Festlegungen wie die Beibehaltung von Einpersonenwahlkreisen, geschlechterparitätische Regelungen oder die Verhinderung einer Vergrößerung des Bundestages. Was genau die Wählerinnen und Wähler mit Blick auf das Wahlsystem aber tatsächlich wollen, ist empirisch kaum erforscht.

Diesen Umstand griff unsere Tagung konstruktiv auf. Sie war angesichts der bestenfalls lückenhaften Forschungslage explorativ angelegt und musste das sonst übliche Verhältnis von wissenschaftlichem Vortrag und Diskussion neu justieren. Konzeptionell bedeutete das, dass die vier mitwirkenden Expertinnen und Experten – drei von ihnen gehörten als Sachverständige der Kommission zur Reform des Wahlrechts und zur Modernisierung der Parlamentsarbeit an, die der Bundestag 2022 eingesetzt hatte – zwar in Impulsvorträgen verschiedene Aspekte von Wahlsystemen vorstellen und deren Auswirkungen erläutern

konnten. Das Hauptaugenmerk der Tagung lag aber auf den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und deren gemeinsamen Diskussionen, die sich im Rahmen von Arbeitsgruppenphasen an jeden der wissenschaftlichen Impulsvorträge angeschlossen.

Eingeleitet wurde die Tagung durch Joachim Behnke (Zeppelin Universität Friedrichshafen), der einerseits auf den Umstand hinwies, dass die im Wahlsystem enthaltenen Regeln zur Machtübertragung vom Volk an die Repräsentanten in einer Demokratie von den bereits vorhandenen Repräsentanten festgelegt werden, die dabei möglicherweise nicht frei von eigenen Interessen entscheiden. Andererseits verwies Behnke auf die hohe Pfadabhängigkeit bei Wahlsystemreformen, die häufig nur in kleinen Schritten erfolgten. Dieser Pfadabhängigkeit und den zugrundeliegenden psychologischen Effekten müsse man sich bewusst sein, um das Spektrum möglicher Alternativen erkennen und in den Entscheidungsprozess einbeziehen zu können.

In das erste Themenfeld der Tagung führte sodann Eric Linhart (Technische Universität Chemnitz) ein, der verschiedene Grundtypen von Wahlsystemen vorstellte und auch mögliche Bewertungskriterien für deren Wirkungsweisen erläuterte. Das zweite Themenfeld war den Optionen gewidmet, mit denen die Wählerinnen und Wähler ihre Präferenzen in Stimmen ausdrücken können. Hierbei stellte zunächst Halina Wawzyniak, ehemalige rechtspolitische



Die Arbeitsgruppen (hier und im Folgenden) diskutierten rege über Wahlen und Wahlsysteme und ihre Bedeutungen. Alle Fotos: Hadzi-Vukovic (APB)



Sprecherin und Wahlrechtsexpertin der Linksfraktion im Deutschen Bundestag, die Optionen für die Wahlkreisgestaltung, die Listenformen und Stimmgebungsverfahren vor. Ein besonderes Augenmerk galt auf Bitten von Teilnehmern der Frage, wer einen Wahlkreis am besten repräsentiert bzw. nach welchem Verfahren ein geeigneter Wahlkreisvertreter bestimmt werden sollte. Dass dies nicht die relative Mehrheitswahl, ein auch in Deutschland angewendetes Verfahren, ist, konnte Joachim Behnke eindrücklich nachweisen. Deutlich besser geeignet wäre die sogenannte Zustimmungswahl (Approval Voting), bei der jeder Wähler die Möglichkeit hat, für beliebig viele Kandidaten zu stimmen. Es gewinnt auch hier der Kandidat mit den meisten Stimmen – im Unterschied zur relativen Mehrheitswahl ist dies aber am ehesten tatsächlich der Kandidat, der sich auch bei einer paarweisen Abstimmung gegen jeden einzelnen der anderen Kandidaten durchgesetzt hätte.

Das dritte Themenfeld nahm die Übertragung der Stimmen in Mandate in den Blick, also die Ermittlung der Sitzverteilung. Hierbei erläuterte Friedrich Pukelsheim (Universität Augsburg) verschiedene Stimmverrechnungs- und Sitzzuteilungsverfahren mit den jeweiligen Vor- und Nachteilen. Demgegenüber war das vierte Themenfeld inhaltlich nicht vorbestimmt – vielmehr bestand die Möglichkeit für die Teilnehmenden, entweder Einzelaspekte aus den

vorangegangenen Tagungssektionen weiter zu vertiefen oder neue Fragestellungen aufzugreifen und mit Hilfe von kurzen Experteninputs zu diskutieren. Hierzu wurden im Laufe der Veranstaltung die entsprechenden Themenwünsche abgefragt, um letztlich die Problemstellungen für diesen abschließenden Tagungsabschnitt auszuwählen.

Jedes der vier aufeinanderfolgenden Themenfelder wurde mithin mit einem wissenschaftlichen Impulsvortrag eingeleitet, an den sich die Diskussionsrunden zwischen den Teilnehmern anschlossen. Dazu wurden mehrere Arbeitsgruppen mit neun bis zehn Mitgliedern gebildet, die für jede Tagungssektion neu zusammengestellt wurden. In den parallel tagenden Arbeitsgruppen sollten sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer über die verschiedenen Aspekte des jeweiligen Themenfeldes und über ihre entsprechenden Präferenzen austauschen. Dieses diskursive Verfahren zielte ausdrücklich nicht darauf ab, am Ende der Diskussion per Mehrheitsentscheid oder gar im Konsens einen gemeinsamen Standpunkt der Arbeitsgruppe zu finden. Vielmehr sollte der Austausch in den Arbeitsgruppen jedem Teilnehmer die Möglichkeit eröffnen, die eigenen Präferenzen zu reflektieren, sie gegebenenfalls zu schärfen, vielleicht neu zu gewichten oder auch zu ändern. Über den Diskussionsverlauf in den einzelnen Arbeitsgruppen wurde schließlich im Plenum

Sie standen den Teilnehmenden mit ihrer Expertise zur Seite



Joachim Behnke
Zeppelin Universität
Friedrichshafen



Eric Linhart
Technische Universität
Chemnitz



Friedrich Pukelsheim
Universität Augsburg



Halina Wawzyniak, ehem.
rechtspolitische Sprecherin
und Wahlrechtsexpertin der
Linksfraktion im Bundestag



kurz berichtet, um Gemeinsamkeiten und Unterschiede über die Gruppengrenzen hinweg aufzuzeigen.

Haben sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer letztlich auf dieses Konzept eingelassen und aktiv an den Diskussionen mitgewirkt? Welche Präferenzen hinsichtlich des Wahlsystems standen dabei im Vordergrund? Und was wollen sie folglich, die Wähler? Fünf Erkenntnisse lassen sich am Ende dieser ambitionierten Tagung festhalten.

Erstens: Die überwältigende Mehrheit der Tagungsteilnehmer hat das Konzept mitgetragen und sich mit großem Engagement in den gemeinsamen Austausch eingebracht. Das war keineswegs selbstverständlich, auch wenn die Mitwirkenden kein repräsentatives Abbild der Wählerschaft darstellten, sondern ganz überwiegend aus politisch sehr interessierten Menschen bestanden. Sie wurden zudem bereits im Vorfeld der Tagung im Rahmen einer Online-Befragung in zentrale Aspekte der Wahlsystemforschung eingeführt. Trotzdem kamen in Tutzing Teilnehmer mit sehr unterschiedlichem Vorwissen zusammen, was die Diskussionen in den Arbeitsgruppen mitunter erschwerte, aber auch eine gewisse produktive Spannung erzeugte.

Zweitens: Aus Sicht vieler Teilnehmer sind Wahlsystemfragen häufig mit anderen Fragestellungen verknüpft, was sich insbesondere bei der Auswahl der vier Themengebiete für die abschließende, inhaltlich offene Sektion der Tagung zeigte. Zwar wurde dabei auch die Problematik der Sperrklauseln als genuiner Aspekt von Wahlsystemen vertieft, aber die überwiegende Mehrheit der Teilnehmer entschied sich dafür, über andere Herausforderungen zu diskutieren: über die Stärkung der direkten Demokratie, über die Weiterentwicklung der Briefwahl und alternative Formen der Stimmabgabe sowie über Anreize für eine höhere Wahlbeteiligung. Dies kann als Fingerzeig gedeutet werden, Wahlsystemfragen nicht isoliert zu erörtern, sondern in einen weitergefassten demokratietheoretischen Kontext einzuordnen.

Drittens: Fast alle angesprochenen Themen wurden von den Teilnehmern sehr kontrovers diskutiert, weil sich die individuellen Präferenzen deutlich unterschieden. Einigkeit bestand hingegen nur in wenigen Punkten – etwa im Wunsch nach offenen Listen, um die Auswahlmöglichkeit für die Wähler zu stärken, sowie nach einer Beibehaltung der Grundmandatsklausel, damit auch regional stark

verankerte Parteien künftig im Bundestag vertreten sein können, ohne dafür die bundesweite Fünfprozenthürde überspringen zu müssen. Um nahezu alle anderen Fragestellungen wurde hingegen kontrovers gerungen, was auch die eben angesprochene Sperrklausel betraf. Zwar wurde deren gegenwärtige Höhe von fünf Prozent der Zweitstimmen überwiegend als zu hoch bewertet, doch ob sie abzuschaffen oder nur abzusenken und in diesem Fall mit der Möglichkeit der Ersatzstimmgebung zu kombinieren sei, darüber gingen die Präferenzen weit auseinander. Diese Divergenzen waren augenscheinlich für einige Teilnehmer sehr überraschend, die aus der Tagung somit auch die Erkenntnis mitnahmen, wie stark die eigenen Präferenzen doch von denjenigen der anderen und vielleicht sogar der Mehrheit abweichen können.

Viertens: Die angesprochene Pfadabhängigkeit bei Wahlsystemdiskussionen zeigte sich auch in dieser Tagung – allen Bemühungen zum Trotz, Alternativen zum Status quo aufzuzeigen und den Raum der Gestaltungsmöglichkeiten breit zu fassen. Das Bekannte und Vertraute gibt auch bei Wahlsystemfragen offenkundig Sicherheit, während die Bereitschaft, sich etwas Neuem zu öffnen, Überwindung kostet. So zogen viele Teilnehmer am Ende der Tagung doch das Fazit, dass das bisherige Wahlverfahren für den Bundestag alles in allem gar nicht so schlecht sei.

Und schließlich fünftens: Jenseits aller Unterschiede in Einzelfragen einte viele Teilnehmer der Wunsch, die politischen Diskussionen über Wahlsystemfragen künftig transparenter zu führen und dabei einen möglichst breiten Konsens der Parteien anzustreben. Dies sei wichtig für den Rückhalt des Wahlverfahrens in der Bevölkerung, die über die Ergebnisse der Reformprozesse in einer Volksabstimmung selbst entscheiden sollte. Denn die Regeln zur Verteilung politischer Macht sollte in einer Demokratie nur einer festlegen – der Souverän. 

Jörg Siegmund

Linktipp:



Das perfekte Wahlsystem:
bit.ly/wahlsystemreform



PODCAST:

Die Zukunft der Visegrád 4

Die Visegrád 4, Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn, sind sich inzwischen nicht nur in Migrationsfragen uneinig.



Linktipp:

Die Zukunft der Visegrád 4:
bit.ly/visegrad-4

Im Podcast „Akademie fürs Ohr“ spricht Andreas Kalina, gebürtiger Tscheche und Dozent für Europäische Integration der Akademie, über die künftige Zusammenarbeit von Europas berühmtestem Neinsager-Club und darüber, wie sich die Wahlen in der Slowakei und in Polen auf das Bündnis auswirken könnten. In Auszügen hier nachzulesen.

Beate Winterer: *Bisher galten Polen, Ungarn, Tschechien und die Slowakei in Europa mehr oder weniger als Block. Was ist beim EU-Gipfel im Juni passiert?*

Andreas Kalina: Mein Eindruck ist, dass die Visegrád-Staaten von der Realität eingeholt worden sind bzw. in der Außenwahrnehmung eingeholt worden sind. Denn was wir – vor allem von der westlichen Seite – als Visegrád, als einen Block wahrgenommen haben, das war ja eine fast heterogene Gruppierung, das haben wir so nicht gesehen. Und das, was passiert ist, ist tatsächlich, dass innerhalb dieser Staatengemeinschaft Brüche entstanden sind. Da sehe ich zwei Entwicklungen: Zum einen sind zwei Staaten dieser vier vom Populismus abgekehrt: Die Slowakei und dann Tschechien. Die sind nicht mehr in diesen Handlungs- und rhetorischen Mustern verfangen und zum anderen eben diese zwei Staaten haben sich europapolitisch eher auf eine pragmatische Linie begeben.

Das heißt, nicht mehr die permanenten Neinsager, sondern die Europapolitik mitgestalten und gerade in der Migrationspolitik ist das ein Feld, wo diese Brüche ganz deutlich werden. Die jetzige Migrationsfrage und das Verhältnis in der Visegrád-Gruppe nach innen ist auch längerfristig angelegt, weil beispielsweise die Slowakei und Tschechien eher konstruktiv eingestellt sind, wenn es um Europapolitik geht. Zweifelsohne erkennen auch alle anderen, dass die Migration eine riesige Herausforderung für die Europäische Union ist. Aber auch deswegen, weil alle vier Staaten laute Befürworter des Schengen-Systems sind.

Wenn wir auf der einen Seite Schengen haben möchten – einen grenzenlosen Binnenraum – dann muss man die Migration auch europäisch regeln, weil wenn wir in einem Gebiet ohne Binnengrenzen sind, muss es auf die Migrationsherausforderung auch eine europäische Antwort geben. Das sind vor allem die Slowakei und Tschechien, die versuchen, konstruktiver zu sein. Auf der anderen Seite verhärten sich die Fronten bei Orbán und Kaczyński sehr stark.

► Die Geschichte der Visegrád 4

Beate Winterer: *Wir verwenden die ganze Zeit den Begriff Visegrád-Staaten, Visegrád 4, V4, wenn es um*

Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn geht. Aber ich glaube, nicht alle, die uns zuhören, wissen wieso genau man diese Länder überhaupt unter diesem Schlagwort oder diesem Ortsnamen zusammenfasst.

Andreas Kalina: Es ist ein künstliches Gebilde, das durchaus in gewissen historischen Fußstapfen gebildet worden ist. Visegrád ist eine Ortschaft in Ungarn am Donauknie und da haben sich historisch 1335 die Könige von Ungarn, Böhmen und Polen getroffen, um zu netzwerken, würde man heute sagen.

Diese historische Begebenheit hat man Anfang der 1990er ausgegraben und 1991 haben sich die damaligen Staatspräsidenten Lech Wałęsa, Vaclav Havel und der ungarische Ministerpräsident József Antall in dieser Tradition in Visegrád getroffen und haben beschlossen, zusammenzuarbeiten. Zusammenzuarbeiten in den Zielen, die man damals verfolgt hat: zum einen der Beitritt in die Nato und zum anderen der Beitritt in die Europäische Gemeinschaft, wie sie damals noch hießen.

► Streitthema Migration

Beate Winterer: *Innerhalb Europas wirklich bekannt geworden sind die Visegrád 4 erst 2015 mit der sogenannten Migrationskrise. Damals haben sie noch an einem Strang gezogen. Ist es also so, dass Migration einerseits bei den Visegrád-Staaten der Auslöser war für das angespannte Verhältnis zur Europäischen Union und andererseits jetzt auch für das angespannte Verhältnis zwischen den vier Staaten?*

Andreas Kalina: Nach meiner Wahrnehmung ist das Migrationsthema eher ein Symptom und ein konkreter Anlass. Sowohl was das Verhältnis der Visegrád 4 zur restlichen EU und auch zu Brüssel als der oberen Einheit anbelangt als auch was die jetzigen Verwerfungen innerhalb der V4-Gruppe betrifft. Schauen wir uns das Verhältnis der Visegrád-4-Staaten zur EU, zur Europäischen Integration insgesamt an: Ich glaube hier sind es langfristige strukturelle Faktoren, die zu diesem Bruch anlässlich der Migrationskrise geführt haben und da sehe ich drei verschiedene Faktoren, die wirklich im Hintergrund schon lange schlummerten.

Zum einen ist es die sogenannte asymmetrische Anpassung bei der Europäischen Integration. Weil der Beitrittsprozess – und zwar nicht nur der Visegrád 4 – von Seiten der Beitrittskandidaten immer als eine Anpassung an Europa wahrgenommen worden ist. Man musste die Kopenhagener Kriterien erfüllen und man ist immer bewertet worden und dann ist es abgehakt worden und dann kam das nächste Kapitel. Die EU kann nur so funktionieren und das ist sinnvoll. Auf der anderen Seite ist es so: Diese asymmetrische Anpassung führte

dazu, dass man sich nie als Einheit gefühlt hat, sondern mehr als eine Art Bittsteller, der reinkommt. Man hat sich nie mit der Europäischen Union identifiziert in dem Sinne, dass man selbst ein Baustein der Union ist, sondern, dass man fremdbestimmt wird. Das kulminierte tatsächlich 2015.

Der andere Faktor ist, dass es in Europa, egal, ob man sich westeuropäische oder osteuropäische Staaten anschaut, unterschiedliche Leitbilder der Europäischen Integration gibt. Bei den Visegrád-Staaten hat man insgesamt das Leitbild eines – ja schon fast – gaullistischen Europas der Nationalstaaten. Das heißt, man ist grundsätzlich für die Europäische Integration, aber die soll mit dem Einklang einer Nationalstaatlichkeit einhergehen.

► Die Visegrád 4 nach den Wahlen in Polen und der Slowakei

Beate Winterer: *Welche Perspektive siehst du denn für die Visegrád 4 mittel- und langfristig?*

Andreas Kalina: Was die Zukunft der Visegrád-4-Staaten anbelangt, entscheidet sich, glaube, ich sehr vieles diesen Herbst bei den Wahlen in der Slowakei und Polen: Inwieweit die tatsächlich proeuropäisch bzw. europakonstruktivistisch ausgerichtet werden, weil Visegrád 4 kann nicht weiterhin so funktionieren, wie es bis 2021 funktioniert hat – als ein reiner Neinsager-Club, weil man sich so ausgeschlossen hat.

Jetzt hat man gesehen, nachdem die Wahlen in der Slowakei und in Tschechien eine Abkehr vom Populismus bedeutet haben, dass es doch viel mehr bringt, europäisch nicht nur Nein zu sagen, sondern eigene Politiken mitreinzubringen, weil dann tatsächlich mehr rauskommt. Das war die tschechische Ratspräsidentschaft 2022, die trotz aller Europaskepsis doch in Europa sehr vieles vorangebracht hat, was auch die westlichen Staaten entsprechend honoriert haben.

Das ist jetzt auch der Migrationspakt, der durchaus problematisch gesehen werden kann. Aber es ist das erste Mal, dass man wirklich eine europäische Einigung hat. Und man kann mit einer Einigung besser vorankommen als ohne eine Einigung und die kann man natürlich noch nachjustieren. In welche Richtung es weitergehen wird, ist, dass man die Zusammenarbeit gerade in den außen- und sicherheitspolitischen Fragen stark reduzieren wird, angesichts der ungarischen Sympathien für Russland. Weil da können sich die anderen drei Staaten nicht damit abfinden und dass man sich viel stärker auf wirtschaftliche und kulturelle Themen fokussieren wird.



FORUM VERFASSUNGSPOLITIK ÜBER „STAAT UND KIRCHE“

Wie hält es der Staat mit der Religion?

Forum Verfassungspolitik über das Verhältnis von Staat und Kirche

Hier zu sehen eines der Bodenmuster im Kölner Dom, aufgenommen im Juni 2018

Darf er es überhaupt mit ihr halten oder sollte er sich angesichts einer multi-religiösen Gesellschaft in Glaubensangelegenheiten womöglich ganz zurückziehen? Ausgangspunkt für die Beantwortung dieser Fragen war bei der zehnten Ausgabe des Forums Verfassungspolitik wie üblich das Grundgesetz. Der Parlamentarische Rat hat das Verhältnis von Staat, Kirche und Religion nicht selbst formuliert, sondern es wurden durch Artikel 140 GG die Kirchenartikel der Weimarer Reichsverfassung (WRV) übernommen. In Artikel 137 Absatz 1 WRV findet sich das Verbot einer Staatskirche.

Innerhalb eines Staates soll also keine bestimmte Religionsgemeinschaft als einzige oder zumindest dominierende Kirche mit zahlreichen Verflechtungen mit dem Staat anerkannt werden. Hier sieht man den Grundsatz der Trennung von Staat und Kirche als einen der Eckpfeiler der kirchenrechtlichen Ordnung in Deutschland. Weitere sind die individuelle Religionsfreiheit und das kirchliche Selbstverwaltungsrecht.

„Staat ohne Gott“

Die Pharaonen im Alten Ägypten waren Musterfälle sakral legitimer Herrschaft. Der säkulare Staat dagegen legt sich selbst Neutralität auf, sagte der Würzburger Staats- und Verfassungsrechtler Horst Dreier. Er sei aber kein antireligiöses Projekt. Der säkulare Staat fußt auf der Religionsfreiheit und der weltanschaulichen Neutralität. Damit sei er keine Bedrohung für die Religion, sondern könne sogar zu ihrer Stärkung beitragen. Er schaffe nämlich Räume zur Ausübung des Glaubens. Staat ohne Gott heiße also nicht „Welt ohne Gott, auch nicht: Gesellschaft ohne Gott, und schon gar nicht: Mensch ohne Gott“. Es heiße vielmehr, dass die Demokratie des Grundgesetzes mit jeder Form eines Gottesstaates, einer Theokratie, einer sakralen Ordnung oder eines christlichen Staates gänzlich unvereinbar ist, sagte Dreier.

„Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses



Horst Dreier: Säkularer Staat kein antireligiöses Projekt

sind unverletzlich“, so lautet der erste Absatz von Artikel 4 des Grundgesetzes. Michael W. Müller, Juniorprofessor für Öffentliches Recht an der Universität Mannheim, widmete sich dessen Inhalt und Grenzen. In diesem Grundrecht zeige sich ein zentrales Postulat des Liberalismus. Den Begriffen Religion und Weltanschauung sei gemeinsam, dass eine Gesamtsicht auf die Welt für verbindlich gehalten wird.

Christentum und freiheitlich-demokratischer Staat

Der Münsteraner Ethiker Hans-Richard Reuter wies darauf hin, dass neben anderen Traditionen zentrale Motive des Christentums zu den kulturellen Herkunftsbedingungen des freiheitlich-demokratischen Rechts- und Sozialstaats gehören. Dies könne für die Kirchen ein Trumpf im Spiel der gesellschaftlichen Kräfte sein. Dafür, dass er sticht, vermag der säkulare Staat nur die Rahmenbedingungen bereitzuhalten, sagte Reuter. Diese glaubwürdig auszufüllen, könne er den Kirchen aber nicht abnehmen.

In der Anfangszeit der Bundesrepublik gehörten noch um 96 Prozent der Bürgerinnen und Bürger einer der beiden großen christlichen Kirchen an. Im Jahr 2021 sackte dieser Anteil auf unter 50 Prozent. Nunmehr sind in Deutschland die Angehörigen christlicher Kirchen in der Minderheit gegenüber Nichtangehörigen dieser Konfessionen.

Was macht das „Wir“ aus?

Annegret Kramp-Karrenbauer war Ministerpräsidentin des Saarlands, Vorsitzende der CDU, Bundesministerin der Verteidigung – und ist Mitglied der Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), der Versammlung der „Laien“ in der katholischen Kirche. „Verfasste Kirchen zu haben, ist heute keine Selbstverständlichkeit mehr“, sagte sie. Es gibt nicht mehr einen Automatismus, dass junge Menschen Mitglied einer Kirche werden. „Beide Kirchen stehen unter Druck, sie müssen um Akzeptanz werben“, sagte sie. In der Gesellschaft haben wir einen großen Zuwachs an Individualität. Aber was macht das „Wir“ aus, welches mehr ist, als die Selbstidentifikation aller Gruppen? Starke Kirchen können hier entsprechende Debatten führen, führte Kramp-Karrenbauer aus.

Interesse an starken Kirchen

Auch der Bonner Politikwissenschaftler und Publizist Andreas Püttmann nannte Beispiele dafür, dass der säkulare Staat Interesse an starken Kirchen hat. „Irgendwie sind die Kirchen zu was nütze, das sagen viele“, sagte er. Was genau damit gemeint ist, sei jedoch oftmals nicht klar. Püttmann hatte jedoch Beispiele: So könne die christliche Einsicht in die Fehlerhaftigkeit der menschlichen Natur eine mildere Haltung im sozialen Miteinander bewirken. Und der Gedanke der Bewährung vor Gott fördere die Leistungsbereitschaft in der säkularen Gesellschaft.

Benjamin Strasser (FDP), Staatssekretär im Bundesministerium der Justiz, ging auf die Diskussion über den Abbau der Staatsleistungen ein [siehe Kasten]. Erfüllt wurde

der entsprechende Verfassungsauftrag bisher noch nicht. Derzeit laufen Verhandlungen. „Die Debatte unter den Partnern ist nicht ganz einfach“, konstatierte Strasser. Er hob dabei hervor, dass die Kirchen Institutionen seien, die auch Gegenakzente in den gesellschaftlichen Debatten liefern können – und damit einem Meinungsmonopol des Staates entgegenwirken.

Der Erläuterungsbedarf bei Fragen der Kirche habe zugenommen. Man könne weniger an Grundwissen voraussetzen, sagte Karl Jüsten, Leiter des Kommissariats der Deutschen Bischöfe (Katholisches Büro) in Berlin. So werde das kirchliche Arbeitsrecht oftmals kritisiert. Das kollektive Arbeitsrecht stelle jedoch die religiöse Dimension sicher und zeige auch hinsichtlich des Lohnniveaus vergleichsweise gute Ergebnisse.

Arbeitsrecht der Kirchen

Das Arbeitsrecht gehört zu den Selbstbestimmungsfragen der Religionsgemeinschaften, führte der Trierer Verfassungs- und Kirchenrechtler Gerhard Robbers aus. Wie steht es mit dem Arbeitsrecht in christlichen, jüdischen und anderen Gemeinschaften, wenn jemand innerhalb dieser Gemeinschaft nicht mehr der Religion angehören möchte, aber seine Arbeit nicht verlieren will? Heutzutage seien dies alltägliche Fragestellungen. Soll man hier die Grenzen weit ziehen oder denjenigen, die die Religion nicht mehr teilen wollen, zumuten, sich eine andere Stelle zu suchen? Hier für alle Beteiligten gangbare Wege zu finden, sei gerade Gegenstand zahlreicher Diskussionen und Gerichtsverfahren, sagte Robbers.

Organisationen und religiöse Diversität

Wie gehen die verschiedenen staatlichen Organisationen mit Religion und religiöser Diversität um? Jede staatliche Institution hat ihre eigene Herangehensweise, erklärte Ines Michalowski, Professorin für Religionssoziologie an der Universität Münster. Eine Rolle spiele dabei der Grad der Abgeschlossenheit der Organisation von ihrer Umwelt. Das im Tagesablauf komplett regulierte Militär in Frankreich ist beispielsweise in Sachen Militärseelsorge und an Religion



Prälatin Anne Gidion: An der Schnittstelle von Kirche und Politik



(V. l. n. r.) Gero Kellermann, Annegret Kramp-Karrenbauer und Ursula Münch: Kirchen müssen um Akzeptanz werben.
Alle Fotos: Shamyrbekova (APB)

angepasster Marschverpflegung (zum Beispiel mit „Halal-Zertifikat“) europaweit am religionsfreundlichsten. Entsprechungen gäbe es in den laizistisch geprägten Schulen in Frankreich allerdings nicht, führte Michalowski aus.

Keine lange Liste von Anliegen

Die Theologin und Pastorin Anne Gidion ist seit Oktober 2022 Bevollmächtigte des Rates der Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) bei der Bundesrepublik Deutschland und der Europäischen Union. Sie berichtete von der Praxis der ersten Monate in diesem „Sonderpfarramt an der

Schnittstelle von Kirche und Politik“. Zu ihren Aufgaben gehört zum einen die Seelsorge und das Angebot von geistlichen Formaten für Politiker, zum Beispiel Trauerfeiern für Fraktionen, wenn Abgeordnete verstorben sind. Zu diesem Amt gehört auch die Vertretung der Interessen der EKD durch Stellungnahmen zu Gesetzentwürfen sowie die Repräsentation bei Veranstaltungen. Zu Beginn ihrer Amtszeit habe sie ein Gesprächsangebot an alle Fraktionen des Bundestags gemacht. Das Interesse daran reiße nicht ab. Die Abgeordneten würden merken, dass sie „nicht mit einer langen Liste von Anliegen kommt“.



Gero Kellermann

Staatsleistungen

Derzeit laufen Verhandlungen über den Abbau der sogenannten Staatsleistungen. Dabei handelt es sich um Entschädigungen der Kirchen für die im Laufe der Geschichte, insbesondere durch die Säkularisation zu Beginn des 19. Jahrhunderts, vom Staat entzogenen kirchlichen Vermögenswerte. Die Ablösung der Staatsleistungen ist ein Verfassungsauftrag, den bereits die Weimarer Reichsverfassung enthielt und den das Grundgesetz übernommen hat. Im Jahr 2023 erhielten evangelische und katholische Kirche in Deutschland etwa 600 Millionen Euro an Staatsleistungen.

Linktipp:



Das Verhältnis von Staat und Kirche in der Zukunft:
bit.ly/staat-kirche

EIN JUBILÄUM:

Das zehnte Forum Verfassungspolitik

Das Forum Verfassungspolitik ist eine Kooperation der Akademie mit Hans-Jürgen Papier, dem ehemaligen Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts. Es fand in diesem Jahr zum zehnten Mal statt.

Das Forum Verfassungspolitik widmet sich einmal im Jahr grundsätzlich und aktuell den verfassungspolitischen Entwicklungen und Herausforderungen. Zu den Referentinnen und Referenten gehörten bisher unter anderem amtierende und ehemalige Richter des Bundesverfassungsgerichts, der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Leiter von Bundesbehörden, Präsidentinnen und Präsidenten von Bundes- und internationalen Gerichten, EU-Kommissar Oettinger und Vertreter überregionaler Medien. Auch aus dem Deutschen Bundestag und dem Bayerischen Landtag sowie aus Landesregierungen und Bundesverbänden wirkten Spitzenvertreterinnen und -vertreter am Forum Verfassungspolitik mit.

Grundrechte, Demokratie, Europa...

Themen des Forums waren bisher „Freiheit und Sicherheit“, „Rechtsstaat in der Bewährung“, „Die Zukunft des deutschen Bundesstaates“, „Was wird aus der Europäischen Union?“, „Die Grundrechte in Zeiten der Digitalisierung“, „Die Zukunft des Sozialstaats“, „Meinungsfreiheit – Ein Grundrecht im Meinungsstreit“, „Die Zukunft der liberalen Demokratie“ sowie „Staatsaufgabe Sicherheit“. In diesem Jahr ging es um „Staat und Kirche“.

Der Kreis des Publikums des Forums Verfassungspolitik reicht von Schülerinnen und Schülern, Studierenden verschiedener Fächer (insbesondere aus dem Elitenetzwerk Bayern), Wissenschaftlern und politischen Bildern bis zu Spitzenbeamtinnen und -beamten aus verschiedenen Bundesländern.

Grußwort zum Jubiläum

Zum Jubiläum des Forums hielt der Präsident des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, Hans-Joachim Heßler, ein Grußwort. Darin ging er auf die Bedeutung der Verfassung in der heutigen Zeit ein. Die Gesellschaft sei geprägt durch eine zunehmende Pluralität und gesteigerten Autonomie des Einzelnen. Darin sei zunächst einmal ein Gewinn zu sehen: Gesellschaftlicher Reichtum und neue Lebensentwürfe würden dadurch gefördert. Die Kehrseite der Individualisierung läge jedoch in einem Verlust an Zusammengehörigkeitsgefühl und vielleicht auch in einem höheren Konformitätsdruck.

Das gesellschaftliche Umfeld sei zudem durch einen zunehmenden Populismus, stärker werdende extremistische Tendenzen sowie durch Desinformation und Verrohung des öffentlichen Diskurses in digitalen Medien gekennzeichnet.

Heutige Bedeutung der Verfassung

Worin liegt angesichts dieser Prozesse die Bedeutung der Verfassung? Heßler sieht den Gehalt der Verfassung als wichtigen Orientierungspunkt. Die Menschenwürde, die Demokratie, der Rechtsstaat und die Grundrechte des Grundgesetzes sollen ein Konsens sein, hinter den sich die Gutwilligen vereinen können, sagte Heßler. Damit biete die Verfassung einen sozialen Kitt. Bei allen Unterschieden in der Gesellschaft sei die Verfassung ein verbindendes Element, welches Angebote für unterschiedliche Gruppen machen könne. Vor Ausgrenzung, wie es Extremisten machen, schützt die Verfassung, wie etwa durch die Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes. Die Unantastbarkeit der Menschenwürde, das Bekenntnis zu den Menschenrechten und die Bindung der staatlichen Gewalt an die Grundrechte gehören zum unveränderlichen Kern der Verfassung. 

Gero Kellermann



Hans-Joachim Heßler hält das Grußwort zum Jubiläum.



v. links: Karl Schlögel, Ellen Bos, Heinrich Oberreuter, Saskia Hieber und Jackson Janes

DIE WIEDERKEHR DES AUTORITARISMUS

So wirkt die Erosion der Demokratie auf die Geopolitik

Autoritäre Regime erfahren eine Wiederbelebung, sie gewinnen an wirtschaftlicher Kraft und beeinflussen die internationale Politik. Über die weltweiten Herausforderungen für die Demokratie haben Fachleute beim 24. Passauer Tetralog gesprochen.

1989 verkündete der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das "Ende der Geschichte". Der Kommunismus sei tot und die Demokratie habe endgültig gesiegt, erklärt er. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine beendet die Zeit des Friedens in Europa und verändert die geopolitische Situation weltweit. Die Welt erlebt eine Zeitenwende, in der autoritäre Systeme eine Wiederbelebung erfahren. Nicht-demokratische Länder gewinnen an wirtschaftlicher und politischer Stärke, was die globale politische Landschaft grundlegend beeinflusst. Das "Ende der Geschichte" ist auf unbestimmte Zeit vertagt. Beim 24.

Passauer Tetralog der Akademie für Politische Bildung im Rahmen der Europäischen Wochen haben Politikwissenschaftlerinnen und Politikwissenschaftler unter dem Titel "Imperialismus kontra Demokratie: die eigentliche Zeitenwende?" über wirtschaftliche Entwicklungen, zunehmende Autokratie weltweit sowie die Herausforderungen für die Demokratie gesprochen.

Wirtschaftliche Entwicklung und Demokratie

Der Traum, dass alle Länder eines Tages den westlichen Führungsmächten folgen und freiheitliche Demokratien

werden, hat sich als falsch erwiesen, sagt Heinrich Oberreuter, ehemaliger Direktor der Akademie für Politische Bildung. Die Geschichte der modernen Welt seit den Transformationen der frühen 1990er-Jahre verdeutlicht, wie schwierig es ist, den Prozess der wirtschaftlichen Modernisierung zu durchlaufen und gleichzeitig eine stabile Demokratie zu etablieren. Ellen Bos, Professorin an der Andrassy Universität Budapest, weist darauf hin, dass in den ehemaligen sozialistischen Staaten das erhoffte Wirtschaftswunder, wie es in Deutschland geschehen ist, ausblieb. In den Nachkriegsjahren erlebte Deutschland eine wirtschaftliche Erholung und Entwicklung, die es ermöglichte, die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen und gleichzeitig die demokratischen Institutionen zu stärken. Obwohl die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland die Demokratie gestärkt hat, existiert kein pauschaler Kausalzusammenhang zwischen wirtschaftlichem Aufschwung und demokratischem Fortschritt. Das neoliberale Credo vom "Wandel durch Handel" hat sich als falsch erwiesen. Es gibt ebenso Länder, in denen eine starke Wirtschaft mit einem autokratischen Regime verbunden ist, zum Beispiel China.

China: erfolgreiche Wirtschaft und autoritäre Politik

Die Reform- und Öffnungspolitik ist ein politisches Schlagwort, das die wirtschaftlichen Reformen und die Öffnung der Volksrepublik China gegenüber der Welt, insbesondere dem Westen, beschreibt. Die Kommunistische Partei führte diesen Kurs in den späten 1970er-Jahren ein und er trug dazu bei, den Lebensstandard der Menschen zu verbessern, die Armut zu verringern und das Pro-Kopf-Einkommen zu steigern. Die Reform- und Öffnungspolitik machte China zur zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt hinter den USA und gab dem Westen die Hoffnung, dass das Land aufgrund seiner Marktwirtschaft und offener Grenzen zwangsläufig demokratisch werde. Dies war ein Irrglaube, denn Chinas Weg führte in die entgegengesetzte Richtung, hin zu einer Autokratie. "Die Fehleinschätzung des Westens war, dass die

aufstrebende Wirtschaftsmacht China sich für internationale Normen und in internationalen Organisationen engagieren würde. Stattdessen hat es nationalistische, patriotische, xenophobe und rassistische Kampagnen gefördert, sagt Saskia Hieber, Dozentin für Internationale Politik mit Schwerpunkt Asien-Pazifik an der Akademie für Politische Bildung. China steht wegen seiner Menschenrechtsverletzungen, Zensur und Einschränkungen der Meinungsfreiheit in der internationalen Kritik. Die Regierung kontrolliert strikt das Internet und die Medien, um unliebsame Informationen und kritische Stimmen zu unterdrücken. Damit verfolgt das Land einen eigenen Weg, der nicht den demokratischen Prinzipien des Westens entspricht, sagt Hieber.

Ungarns Politik als Herausforderung für die Europäische Union

Doch nicht nur China hat Schwierigkeiten mit diesen Prinzipien, sondern auch die EU-Mitglied Ungarn. Das Europäische Parlament bezeichnet das Land als ein "hybrides System der Wahlautokratie". Die Regierung kontrolliert Medien und Justiz immer stärker, während sie die Rechte von Minderheiten beschneidet. In Bezug auf die außenpolitische Ausrichtung gefährdet Ungarns Politik die Europäische Union, erklärt Bos. Seit dem Amtsantritt von Viktor Orban öffnet sich Ungarn verstärkt in Richtung Osten,



Karl Schlögel, Osteuropahistoriker und Publizist



Heinrich Oberreuter und Saskia Hieber



Politologin Ellen Bos und Heinrich Oberreuter



Foto Karte: Luigi Giordano, alle Personenfotos: Wimmer (APB)



Jackson Janes, Politikwissenschaftler



Heinrich Oberreuter, ehemaliger Direktor der Akademie

nach Russland und China. Diese Öffnung prägen vor allem wirtschaftliche Interessen. Trotz der Ereignisse in Russland und des Krieges in der Ukraine besteht keine Bereitschaft, die wirtschaftlichen Beziehungen zu Russland zu überdenken. Ungarn unterstützt China und Russland auch innerhalb der EU. Orban erklärt offen, dass er die Zukunft nicht in westlichen Demokratien, sondern in Staaten wie Russland und China sieht. Dies wirft Fragen zur Solidarität innerhalb der EU auf und erschwert die Entwicklung einer gemeinsamen außenpolitischen Strategie, sagt Bos.

Die Erosion der Demokratie in den USA

Auch in den USA hat die Demokratie als Leitbild in den vergangenen Jahren infolge populistischer Tendenzen an Bindekraft verloren, sagt Jackson Janes, Politikwissenschaftler am American Institute for Contemporary German Studies. Der gewaltsame Sturm von Trump-Anhängern auf das US-Kapitol erschütterte 2021 die USA und die Welt. Die Bilder und Berichte von aufgebrachten Demonstrantinnen und Demonstranten haben eine Welle der Empörung und Besorgnis ausgelöst. Dieser Vorfall hat nicht nur die Sicherheit der Regierung und ihrer Vertreterinnen und Vertreter in Frage gestellt, sondern auch an den Grundfesten der amerikanischen Demokratie gerüttelt. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier verurteilte diesen "Sturm auf das Herz der Demokratie". Die

Erosion der US-amerikanischen Demokratie hat ein Vakuum geschaffen, das von Akteuren wie China und Russland genutzt wird, ihre eigene globale Führungsrolle voranzutreiben und ihre politischen, wirtschaftlichen und strategischen Interessen in Regionen auszuweiten, in denen die USA ihre bisherige Führungsposition nicht mehr in gleichem Maße wahrnehmen. "Wir stehen vor einer sicherheitspolitischen Herausforderung, die unsere Aufmerksamkeit und entschlossenes Handeln erfordert. Es ist an der Zeit, die Demokratie entschlossen zu verteidigen, um den globalen Autoritarismus einzudämmen und die Werte, auf denen westliche Gesellschaften aufgebaut sind, zu bewahren", fordert Oberreuter. 

Almagul Shamyrbekova

Linktipp:



Verlieren demokratische Institutionen ihre Funktion?
bit.ly/erosion-demokratie

NEUES FORMAT FÜR MITTELSCHULEN

„Alles was RECHT ist!“

Welche Funktionen hat das Recht in der modernen Gesellschaft? Eine neue Reihe für Lehrkräfte an Mittelschulen blickt auf das alltäglichen Rechtsleben. Ein zentrales Anliegen politischer Bildung ist es, Schülerinnen und Schüler mit den Grundlagen des freiheitlichen demokratischen Rechtsstaates vertraut zu machen. Die Tagung demonstrierte mit konkreten Beispielen, wie die Rechtsordnung im demokratischen Rechtsstaat einen ordnungspolitischen Rahmen setzt.

Anhand eines "Klimakleber"-Falls machte Francesco Sauter-Orengo, Richter am Landgericht München II, den Ablauf eines Strafverfahrens plastisch. Er ging dabei auf die (Grund-) Rechtspositionen aller Beteiligten ein. Rechtsanwalt Christos Paloubis ordnete die Tätigkeit von Influencern rechtlich ein und befasste sich zudem mit dem Thema Cybermobbing. Simone Bueb von der Verbraucherzentrale Bayern erklärte den Verbraucherschutz für Jugendliche im Internet. Was Jugendliche

bei Ausbildung und erstem Arbeitsvertrag beachten sollten, war Thema von Martin Heigl von der IG Metall München. 

Gero Kellermann



Foto: iStock



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Laura Martena, M.A., hat das diesjährige Collegium Philosophicum der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit einem Vortrag eröffnet. Der Titel lautete: „Über die (Nicht-)Lehrbarkeit des Philosophierens“.

Dr. Anja Opitz diskutierte im Rahmen der Overseas Security Advisory Council (OSAC) Germany Security Professionals Academy in Frankfurt a. Main über die sicherheitspolitischen Implikationen der Klimakrise.

Dr. Giulia Mennillo gab ein Interview für das Wirtschafts-magazin Bodensee zum Thema „Was bedeutet Nachhaltigkeit in der (Kommunal-)Politik“?. Ebenso gab sie einen Lehrauftrag zu Thema Sinnkonstruktion und Sinnstiftung in der Arbeitswelt beim mobilen Studienprogramm der Hochschule Mittweida, Campus M in München.

Dr. Saskia Hieber hielt an der Akademie und extern u.a. folgende Vorträge: China under Xi Jinping, China: Authoritarian High-Tech Superpower in Trouble, Chinas Sicherheitspolitik im Kontext des Ukrainekriegs und gegenüber Taiwan und diskutierte das De-Risking in der neuen Chinapolitik. DW Business gab sie ein Interview über China's Property Crisis, und sprach in ARD alpha nachgehakt über Xinjiang. Sie wurde zum NATO School Fellow ernannt.

Dr. Andreas Kalina nahm an der Delegationsreise des Instituts für Europäischen und Transatlantischen Dialog der Hanns Seidel Stiftung „Polen und Deutschland im Gespräch: Polen im Wahljahr 2023“ nach Warschau teil. Im Rahmen des EU-Projekttags des Erzbischöflichen St.-Ursula-Gymnasiums Schloss Hohenburg in Lengries sprach und debattierte er zu den Herausforderungen der Europäischen Union.

Dr. Michael Mayer sprach im Amerikahaus in München mit der Harvard-Professorin Mary Sarotte über die Geschichte der NATO-Osterweiterung und ihre Instrumentalisierung durch das russische Regime, um auf diese Weise zu einer Versachlichung der Debatte zu diesem Thema beizutragen.

Dr. Gero Kellermann nahm an der Vollversammlung des Bayerischen Städtetags in Erlangen teil. Er hielt ein Grußwort an der Evangelischen Akademie Tutzing anlässlich der Verabschiedung von Studienleiter Dr. Jochen Wagner.

Dr. Kinza Khan hat an der Hochschule Landshut zu Intercultural Communication gelehrt. Sie hat auf dem Bodensee Business Forum ein Panel geleitet zum Thema „Wie viel Gerechtigkeit kann Künstliche Intelligenz?“.

AFTER WORK

ERST WISSENSCHAFT, DANN GET-TOGETHER

Neue Veranstaltungsreihe „Akademie After Work“

„Akademie After Work“ heißt die neueste Reihe der Akademie für Politische Bildung. Sie vereint ein aktuelles Thema aus Politik, Wirtschaft oder Gesellschaft mit einem Get-together beim Buffet im Rosengarten.

Mit „Akademie am Abend“ hat die Akademie für Politische Bildung in der Corona-Pandemie eine neue Online-Reihe geschaffen, um mit ihren Gästen über aktuelle Themen zu diskutieren, obwohl das Tagungshaus in Tutzing geschlossen war. Über 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmer schalteten sich an vielen Abenden zu, um die Vorträge von Direktorin Ursula Münch und den Mitgliedern des wissenschaftlichen Kollegiums zu hören. Die Veranstaltungsreihe ist so erfolgreich, dass sie Hygieneregeln und Ausgangsbeschränkungen überlebt hat und inzwischen in der siebten Staffel angekommen ist. In diesem Sommer hat sie ein Live-Pendant bekommen: „Akademie After Work“. Die Akademie lädt abends zu Vorträgen und Diskussion ins Auditorium und anschließend zum Get-together bei Getränken und Snacks in den Rosengarten.

AUFTAKTVERANSTALTUNG

„Wandel durch Handel“

Die Auftaktveranstaltung von Giulia Mennillo, Leiterin des Arbeitsbereichs Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie Nachhaltigkeit, hat das liberale Credo vom „Wandel durch Handel“ in den Blick genommen. Der russische Angriffskrieg in der Ukraine läutet nicht nur eine sicherheitspolitische, sondern auch eine ökonomische Zeitenwende ein. Welche Rolle spielen geopolitische Risiken für Unternehmen, deren Lieferketten und Absatzmärkten? Inwiefern ändert sich die aktuelle wirtschaftspolitische Debatte im Hinblick auf die Reduktion kritischer Abhängigkeiten? Dass wirtschaftliche Beziehungen den politischen Wandel autoritärer Regime herbeiführen können, hat sich spätestens seit dem russischen Angriff auf die Ukraine als Wunschtraum

entpuppt. Mit Blick auf Chinas Politik gegenüber Taiwan stellt sich die Frage, ob das gleiche Problem droht, wie mit Russland: eine zu große Abhängigkeit.

Forian Dorn vom ifo Institut und Michael Böhmer von Prognos diskutierten mit Giulia Mennillo neue Diversifikationsstrategien von Unternehmen sowie die Renaissance von Industriepolitik und strategischer Autonomie. Ob intensivere Investitionskontrollen bei kritischen Technologien seitens internationaler Geldgeber oder stärkere Exportkontrollen eine Lösung aus diesem Dilemma darstellen, ist weiterhin umstritten. Geopolitische Risiken sind aus der Wirtschaftspolitik nicht mehr wegzudenken, was eine größere Intervention des Staates in das Marktgeschehen nach sich zieht. Gleichzeitig herrschte auf dem Podium Konsens, dass es letzten Endes in der Verantwortung der Unternehmen



Forian Dorn, Michael Böhmer, Giulia Mennillo im neuen Format auf Youtube zu sehen

Foto: Hadzi-Vukovic (APB)

liegt, die Verlässlichkeit ihrer Wertschöpfungsketten zu garantieren. „Eigentlich brauchen die Unternehmen ihre eigene China-Strategie“, konstatiert Böhmer. Unternehmerisches Risiko kann nicht vollends auf den Staat abgewälzt werden. Gleichzeitig warnt er vor punktuellen Subventionen von Unternehmen als falsch verstandene Industriepolitik.

Laut Dorn bedarf es größere Investitionen in Forschung und Entwicklung als Schlüssel zu mehr Unabhängigkeit bei Schlüssel- und Zukunftstechnologien. Ebenso braucht es für die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit eine Vertiefung des EU-Binnenmarkts.

Zu einer neuen geoökonomischen Strategie im Außenhandel gehört auch die Wahrheit, dass eine Abkopplung von China unrealistisch ist. China wird ein wichtiger Partner bleiben, gerade auch für eine globale Klimapolitik. Kritische Abhängigkeiten gilt es dennoch zu reduzieren. Die Diversifikation von Handelspartnern und neue strategische Partnerschaften sowie Lagerhaltung können hier die Antwort sein.



Joachim von Puttkamer, Martin Schulze Wessel, Beate Winterer
im Gespräch
Foto: Hadzi-Vukovic (APB)

2. AFTER WORK VERANSTALTUNG

„Russlands imperiale Geschichte“

In der zweiten Ausgabe hat Beate Winterer, Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Community Management und Osteuropawissenschaftlerin der Akademie, Russlands imperiale Geschichte zum Thema gemacht. Im Gespräch mit den Osteuropahistorikern Martin Schulze Wessel von der Ludwig-Maximilians-Universität München und Joachim von Puttkamer von der Friedrich-Schiller-Universität Jena suchte sie nach den Ursachen für den Angriffskrieg gegen die Ukraine im Zarenreich und in der Sowjetunion.

Schulze Wessel, der mit dem Buch „Der Fluch des Imperiums: Die Ukraine, Polen und der Irrweg in der russischen Geschichte“ für den Deutschen Sachbuchpreis nominiert war, sieht den Krieg nicht als Zeitenwende, sondern als eine neue Etappe einer langen imperialen Geschichte. „In Russland wurde eine imperiale Politik auf brutale Art gesteigert“, sagt der Professor. Den Ursprung verortet er im Großen Nordischen Krieg am Beginn des 18. Jahrhunderts, als Russland unter Peter dem Großen Schweden als baltische Hegemonialmacht ablöst und „ein Fenster nach Europa“ öffnet. Polen und die Ukraine verloren langsam ihre Selbständigkeit, bis die Ukraine ins russische Reich eingegliedert wurde. Katharina die Große hob die Autonomie schließlich vollständig auf.

„Die vollkommene Fokussierung auf den repressiven Charakter eines Imperiums kann missführend sein“, sagt hingegen Joachim von Puttkamer. In den Großen Reformen Alexanders II. (u.a. Abschaffung der Leibeigenschaft) nach dem Krimkrieg sieht er ein Abweichen von der imperialen Geschichte. In den 1860ern und 1870ern habe das russische Reich eine Modernisierung durchlebt, war gleichzeitig aber imperial und unterdrückend. Dieser zweifache Charakter des Imperiums fehlt von Puttkamer bei Schulze Wessels Ausführung. Die größte Zäsur in der imperialistischen Geschichte war aber die Revolution 1917, in deren Folge die Sowjetunion als Föderation nach ethnischen Gesichtspunkten gegründet wurde. Die Ukraine bekam unter Lenin zum ersten Mal ein institutionelles Gefüge. Sein Nachfolger Stalin, der laut Schulze Wessel „alle großrussischen Kulturmuster“ vertrat, implementierte innerhalb der Sowjetunion wieder eine russische Hegemonie. Während von Puttkamer auf russische Opfer von Stalins Großem Terror verweist, betont Schulze Wessel die ukrainischen – und bekennt sich zu einer gewissen Einseitigkeit seiner Argumentation: „Es geht mir darum, die russische Geschichte durch das Prisma der beherrschten Imperien zu sehen.“



Giulia Mennillo, Beate Winterer,
Konstantin Hadzi-Vukovic



youtube.com/apbtutzing



Mitschnitt der Veranstaltung
"Wandel durch Handel" auf YouTube:
youtu.be/jYYBsd4aUJs



Es gab viel gute Laune beim Akademie-Landkreislaufteam.

BERICHT ZUM LANDKREISLAUF IN HECHENDORF

Landkreislau und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Knapp über 1000 Läuferinnen und Läufer gingen beim diesjährigen Starnberger Landkreislau an den Start. In Hechendorf war natürlich auch das Akademie-Landkreislaufteam wieder mit dabei.

Der Starnberger Landkreislaf ist das größte Breitensportereignis im Landkreis. Eine große Wiese am Ortsausgang von Hechendorf war Treffpunkt für über 180 Staffeln à 6 Personen. Naturgemäß waren viele Sportvereine mit dabei, aber zum Beispiel auch Firmen, Schulen, Nachbarschaftsinitiativen, Behörden, Mannschaften aus Krankenhäusern, von Feuerwehren, der Bundeswehr sowie viele Kinderteams. In der Gesamtwertung belegte das Akademie-Team Platz 74, in der Spezialwertung „Firmen und Behörden“ stand am Ende Platz 12 von 30 gestarteten Mannschaften zu Buche.

Bei der Siegerehrung in der Hechendorfer Sporthalle hob Landrat Stefan Frey den gemeinschaftsbildenden Charakter dieses Sportereignisses hervor. Der vielbeschworene „Zusammenhalt der Gesellschaft“ finde im Landkreislaf einen praktischen Ausdruck: Man kommt mit ganz unterschiedlichen Leuten ins Gespräch und gute Stimmung ist vorprogrammiert.

Beim Akademie-Landkreislafteam waren das Kollegium, der Sekretariatsbereich und die Praktikanten vertreten (auch mit einer ehemaligen Praktikantin). Hinzu kamen, wie es schon Tradition ist, Familienangehörige und in diesem Jahr auch wieder einmal ein Kooperationspartner: Von der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit lief Maximilian Nominacher mit.

Zum Team gehören natürlich nicht nur die Läuferinnen und Läufer. Hausmeister Martin Pfänder sorgte für die Logistik, die angereisten Unterstützer passten beim Stafelstabwechsel auf und der Förderkreis der Akademie sponserte Getränke und Butterbrezn.

Der vierzigste Landkreislaf im kommenden Jahr findet rund um die Maxhof-Kaserne in Pöcking statt. Den Termin hat das Akademie-Landkreislafteam fest eingeplant. 

Gero Kellermann

Der vierzigste Landkreislaf im kommenden Jahr findet rund um die Maxhof-Kaserne in Pöcking statt



Foto: iStock



Wechsel hat geklappt. Schlussläuferin Iryna Bielefeld startet los.



Praktikant Yannick Jüngling erreicht den Start-/Zielbereich.

Fotos: (APB)



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Beirat

Die Akademie für Politische Bildung wird in ihrer Tätigkeit von einem Beirat unterstützt, der die Verbindung zu verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen herstellt und eine beratende Funktion ausübt. Künftig wird die Katholische Kirche im Beirat durch den Leiter des Katholischen Büros Bayern, **Herrn Dr. Matthias Belafi**,

vertreten. Er folgt auf Prälat Dr. Lorenz Wolf, der dem Beirat der Akademie mehr als zehn Jahre angehörte. Wir danken Prälat Dr. Wolf für die engagierte und bereichernde Zusammenarbeit und freuen uns auf die Impulse, die Herr Dr. Belafi künftig in die Arbeit dieses Gremiums einbringen wird.



Marian Hummel wird bei der Preisverleihung vorgestellt.



Marian Hummel

Wir gratulieren unserem Gastdozenten Marian Hummel zum ersten Platz beim Deutschen Planspielpreis für herausragende Studienabschlussarbeiten zum Themenfeld „Planspiele“, verliehen vom ZMS (Das Zentrum für Managementsimulation) und der SAGSAGA (Swiss Austrian German Simulation and Gaming Association).

Hummel setzt sich in seiner prämierten Studie „Das Partizipationslernen mit Online-Planspielen in der politischen Bildung. Eine Pilotstudie zu einem digitalisierten kommunalpolitischen Planspiel mit Schüler*innen der Jahrgangsstufe 8“ an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt mit dem bisher weitestgehend unerforschten Feld der reinen Online-Planspiele in der politischen Bildung auseinander. Er betrachtet dabei die Lernwirkungen von einem kommunalpolitischen Planspiel, dass während der Schulschließungen im Zuge der Corona-Pandemie über ein Webtool von Schülerinnen und Schülern der 8. Klasse von Zuhause aus gespielt wurde. Dabei setzt er auf ein innovatives Mixed-Methods-Verfahren von qualitativen und quantitativen Forschungsmethoden, um die Perspektiven von verschiedenen Teilhabenden – Schülerinnen und Schüler, Lehrkräfte und Planspielreferierende – aufnehmen zu können. Die Studie beinhaltet einen wichtigen Beitrag zu den Lernwirkungen von Planspielen und dem herausfordernden Setting handlungsorientierter Methoden ohne körperliche Präsenz.



DEUTSCHER PLANSPIELPREIS

Gratulation an unseren Gastdozenten Marian Hummel

Publikationen

Auch seit der letzten Ausgabe des Akademie-Reports sind wieder Beiträge seitens der Direktorin und unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erschienen. Ausgewählte Neuveröffentlichungen – sowohl innerhalb als auch außerhalb unserer Schriftenreihen und sonstigen Akademiepublikationen – dokumentieren wir an dieser Stelle.

Prof. Dr. Ursula Münch

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- Zwischen „Kandidat der Herzen“ und Dauer-„Sticheln“: Wie sich die gescheiterte Kandidatur ihres Parteivorsitzenden auf die CSU auswirkte, in: Uwe Jun / Oskar Niedermayer (Hrsg), *Die Parteien nach der Bundestagswahl 2021. Neueste Entwicklungen des Parteienwettbewerbs in Deutschland*, Wiesbaden (Springer) 2023, S. 201–220.



Für die CSU war die Bundestagswahl 2021 eine ungewöhnliche Wahl: Fast hätte sich die ungeschriebene Regel, dass die CSU seit 1980 alle 20 Jahre den Kanzlerkandidaten der Union stellt, bewahrt. Dass dies nicht gelang und vielmehr der damalige CDU-Vorsitzende Armin Laschet glückloser Kanzlerkandidat wurde, dürfte das künftige Verhältnis zwischen den beiden Schwesterparteien ebenso prägen wie die Sicht des CSU-Vorsitzenden auf die Bedeutung von Umfragewerten einerseits und Parteigremien andererseits bei Personalentscheidungen.



Link:
bit.ly/parteien-bundestag

Laura Martena, M.A.

Beitrag in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

- Flucht ins Unbefragbare? Über Demokratiebildung und den Versuch, die Grenzen der Kontroverse im Klassenzimmer zu ziehen, in: *Zeitschrift für Praktische Philosophie*, 10. Jg (1/2023), S. 399–408.

Die Debatte genießt in liberalen Demokratien einen hohen Stellenwert. Das gilt nicht nur für den öffentlichen Raum, sondern auch für den Schulunterricht, der Heranwachsende auf die Teilnahme an dieser Praxis vorbereiten soll. Wie kontrovers soll und darf es im



Klassenzimmer selbst aber zugehen? Wie steht es etwa mit antidemokratischen oder illiberalen Positionen? Sollen auch sie kontrovers diskutiert werden, oder sollen die Lernenden hier vielmehr von vornherein zur Übernahme der als legitim vorausgesetzten Position gebracht werden? Der Beitrag ist online frei verfügbar.



Link:
bit.ly/praktische-philosophie

Dr. Michael Mayer

Herausgeberschaft

- *Verfolgung – Diskriminierung – Emanzipation. Homosexualität(en) in Deutschland und Europa 1945 bis 2000*, hrsg. mit Michael Schwartz, Berlin (De Gruyter Oldenbourg) 2023.



Die Lebenssituationen homosexueller Menschen in Deutschland und Europa wurden in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von Widersprüchen geprägt: Während die staatliche Strafverfolgung weitgehend endete, erwiesen sich gesellschaftliche Diskriminierungen als deutlich langlebiger, bevor sie schließlich emanzipativen Entwicklungen Raum geben mussten. Ausgehend von den

Nachwirkungen der NS-Homosexuellenverfolgung in den Nachkriegsgesellschaften der Bundesrepublik Deutschland, der DDR und Österreichs, betrachtet dieser Band die Vielfalt von Repressionen nach 1945.



Link:
bit.ly/diskriminierung-europa



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Im Rahmen des Jahreskongresses der Deutschen Gesellschaft für Allgemeinmedizin und Familienmedizin in Berlin war die Direktorin zur sog. Hufeland-Lecture eingeladen, einer Ehrenvorlesung, die mit einem Preis der „Stiftung Allgemeinmedizin“ für das Lebenswerk der Vortragenden verbunden ist.

Auf Einladung von „JoinPolitics“ einer überparteilichen Einrichtung, die politische Talente fördert, diskutierte sie über die Frage „Wie viel Mut verträgt die Politik?“.

Bei der Fachschaft Jura des Cusanuswerks referierte **Prof. Dr. Ursula Münch** in Halle a.d. Saale zu den politikwissenschaftlichen Perspektiven auf die Entwicklung und Strukturprobleme des bundesdeutschen Föderalismus.

Die Wahl zum Bayerischen Landtag gab Anlass für Vorwahl- und Nachwahlanalysen, u.a. die inzwischen legendäre Lesung aus den Wahlprogrammen von Neuland & Gestalten, einem Format der Nemetschek-Stiftung.

Außerdem war sie Gast beim PresseClub in Regensburg sowie gemeinsam mit Roman Deininger von der SZ im PresseClub München.

Und sie diskutierte online auf Einladung des Münchner Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung mit einer der Autorinnen der sog. „Mitte-Studie“ über mögliche Parallelen zu den Ergebnissen der bayerischen Landtagswahl.

Für das erste „Politische Café“, das ein engagierter Lehrer am Gymnasium Alexandrium ins Leben gerufen hat, nahm sie die Anreise nach Coburg auf sich.

Auf Einladung der EUREGIO Salzburg – Berchtesgadener Land – Traunstein sprach sie im Bildungszentrum der neuen und sehr sehenswerten Dokumentation Obersalzberg über die aktuelle Herausforderung der schulischen Jugendbildung angesichts der wachsenden Antisemitismusgefahr in Deutschland.

Dieses Thema beschäftigte sie auch bei einer Schulleitertagung in München und der Direktorentagung Niederbayern.

Und sie hatte die Ehre, den Festakt anlässlich 50 Jahre Universität der Bundeswehr München moderieren zu dürfen.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung | Buchensee 1 | 82327 Tutzing | Tel. 08158/256-0 | Fax 08158/256-14

Internet: <https://www.apb-tutzing.de> | E-Mail: k.klemm-vollmer@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Kinza Khan (Redaktion)

Karin Klemm-Vollmer (Layout und Gestaltung) | Layout-Konzept: Michael Berwanger | Agentur Tausendblauwerk | www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar | Blumenstraße 26 | 82407 Wielenbach | Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.